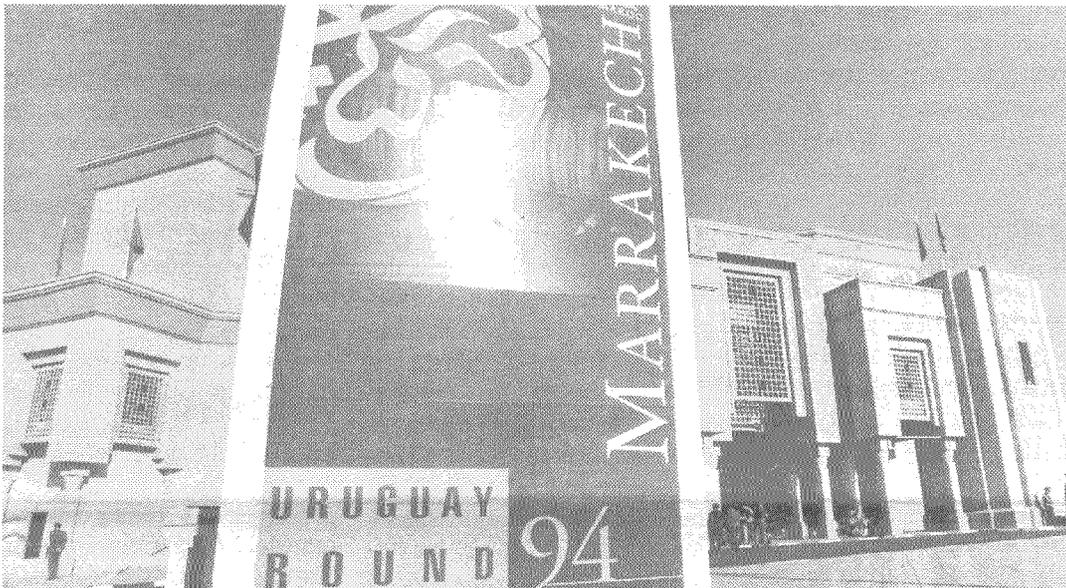


Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

Aus Gatt wird WTO



Mitte April konnte in Marrakesch die vierte Uruguay-Runde erfolgreich abgeschlossen werden. Einer Ratifizierung des neuen Gatt-Abkommens kommt für die Schweizer Wirtschaft höchste Bedeutung zu. (Photo Keystone)

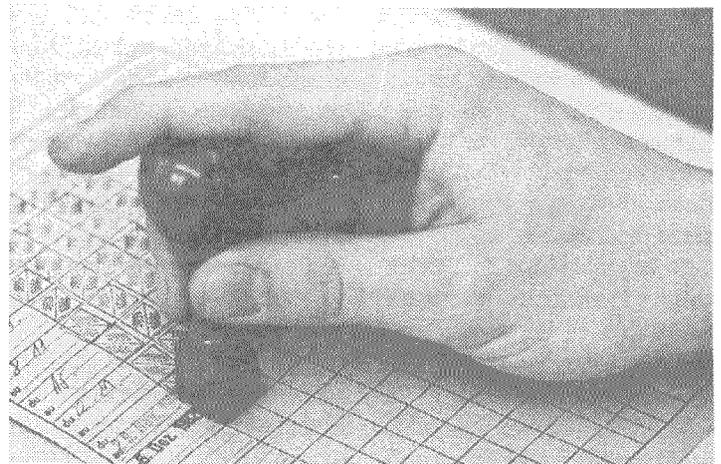
Mitte April unterzeichnete Volkswirtschaftsminister Delamuraz in Marrakesch für die Schweiz das neue Gatt-Abkommen. Damit konnte die achte Welthandelsrunde erfolgreich beendet werden. 122 Teilnehmerstaaten verpflichten sich in der Nachfolgeorganisation des Gatt, der neuen Welthandelsorganisation WTO, im internationalen Handel faire Spielregeln einzuhalten.

AMK. Noch ist offen, ob das Referendum gegen den neuen Gatt-Vertrag ergriffen wird. Innenpolitisch gilt es, die Opfer, die von der Landwirtschaft verlangt werden, auszugleichen. Durch das System der Direktzahlungen, welche den Landwirten trotz der Öffnung der Grenzen auch für Land-

wirtschaftsprodukte ihr Einkommen sichern sollen, ist die Umorientierung bereits eingeleitet worden. Die Landwirte verlangen nun eine verbindliche Zusicherung dieser Direktzahlungen.

Andererseits geht es in dieser Auseinandersetzung für die Wirtschaft um alles oder nichts: Bei einer Nicht-Ratifizierung wäre die Schweizer Wirtschaft von allen Vorteilen im Welthandel ausgeschlossen. Direktzahlungen an die Landwirte können nicht mehr erwirtschaftet werden. Acht eidgenössische Parlamentarier, davon zwei Landwirte und eine Bäuerin, sagen im vorliegenden «Freisinn», was sie vom neuen Abkommen halten, wie sie die Probleme mit der Landwirtschaft sehen und wofür sie sich im Falle einer Abstimmung einsetzen würden. ■

Arbeitslosigkeit



Unter dem Titel «Wege aus der Arbeitslosigkeit» hat die FDP der Schweiz einen umfangreichen Bericht verfasst. Die eidgenössischen Delegierten haben diesen Bericht am 16. April 1994 anlässlich der ordentlichen Delegiertenversammlung in Brunnen verabschiedet. Als herausnehmbares Dossier stellt der «Freisinn» diesen Bericht ab Seite 9 vor.

(Photo Keystone)

Inhalt

- Medienpolitische Themen werden aufgegriffen auf Seite 14
- Die Parolen der Jungfreisinnigen für alle eidgenössischen Vorlagen vom 12. Juni und die Stellungnahme der FDP-Frauen zu Schweizer Blauhelmen finden Sie auf Seite 15

Lesen Sie ab Seite 5

FDP

Griechenland und Mazedonien

Griechenland führt einen Handelskrieg gegen die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. Das hat die Europäische Union (EU), die atlantische Allianz (Nato) und die Vereinigten Staaten in unnötige Bedrängnis gebracht. Denn so, wie sich Griechenland gebärdet, ist Krieg um Mazedonien denkbar.

◊ Jacques Baumgartner

Krieg um Mazedonien bedeutete, dass der gesamte Balkan zu brennen anfiange, Griechenland und die Türkei, zwei Nato-Mitglieder, gegeneinander in den Krieg zögen. Auch Albanien und Bulgarien wären verwickelt.

Das Ultimatum der Nato zum Schutze der Uno-Sicherheitszonen in Bosnien hat die Serben zum (vorläufigen?) Abzug aus dem ostbosnischen Goraschde (Gorazde) bewogen. Aber die Serben können jederzeit anderswo einmarschieren. Sie könnten versuchen, das abtrünnige Mazedonien «heimzuholen». Ein wahrscheinlicher Vorwand wäre, sie müssten das Leben der Serben in Mazedonien schützen.

Streitpunkte

Mazedonien erklärte sich im September 1991 nach einer Volksabstimmung – wie zuvor Kroatien und Slowenien – als unabhängig. Heute ist es weitgehend international unter dem Namen «ehemalige Teilrepublik Mazedonien» anerkannt. Griechenland verweigert die Anerkennung, legt sich in der Europäischen Union quer und führt zum «Entzücken» Bulgariens einen Handelskrieg gegen Mazedonien.

Griechenland hat eine gleichnamige Provinz. Athen verurteilt den Gebrauch des griechischen Namens «Mazedonien» für ein nichtgriechisches Land als «Geschichtsfälschung». Befürchtet werden mögliche Gebietsansprüche der jungen Republik. Athen verlangt von Skopje, sich «Slawo-Mazedonien» oder «Slaw Mazedonia» zu nennen. Die Regierung in Skopje lehnt das ab. Sie befürchtet, eine Erörterung der Identität der «Slaw-Mazedonier»

könnte letztlich die gesamte, nach dem Zweiten Weltkrieg von Josip Brosch, genannt Tito, ins Leben gerufene mazedonische Nation in Frage stellen und die Nation spalten.

Ein weiterer Streitpunkt ist das sechzehnstrahlige Sternemblem, das Mazedonien als Staatssymbol gewählt hat und in seiner Flagge führt. Dieser Verghina-Stern (auch Vergina) war 1977 von griechischen Archäologen in Griechisch-Mazedonien in einem Gebiet ausgegraben worden, das – soweit historisch bekannt – nie von Slawen besiedelt worden war.

Das war ein «faux pas» der mazedonischen Regierung, des mazedonischen Präsidenten Kiro Gligoroff. Skopje wollte möglicherweise eine Verbindung zum antiken Mazedonien herstellen, was aber von Athen als ein versteckter künftiger Gebietsanspruch ausgelegt wurde. In der nachträglich ergänzten Verfassung «verzichtet» Mazedonien ausdrücklich auf irgendwelche Gebietsansprüche gegenüber den Nachbarstaaten und verpflichtet sich zur «strikten Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten» der Nachbarn.

Leere Staatskassen

Das genügt aber der griechischen Regierung von Ministerpräsident Andreas Papandreou nicht. Ein weiterer Grund ihres chauvinistisch-nationalistischen Verhaltens dürften wirtschaftliche Nöte sein. Die seit vergangenem Herbst wieder regierende sozialistische Panhellenische Bewegung (Pasok) hat den Griechen den Wohlfahrtsstaat versprochen. Jedoch: die Staatskasse ist leer. Papandreou und seine Pasok schüren mit ihrer «kämpferischen Aussenpolitik» den Nationalismus der Griechen, um

damit von inneren Nöten abzulenken.

USA

Für die «Balkan»-Politik der amerikanischen Regierung von Präsident Bill Clinton – und eigentlich schon seines Vorgängers George Bush – gilt offenbar, was John Reed* 1916 niederschrieb, wovor er gewarnt hatte:

«Die Mazedonienfrage war Ursache eines jeden grossen europäischen Krieges der vergangenen fünfzig Jahre.»

Die Vereinigten Staaten haben mittlerweile 500 Uno-«Blauhelme» (vorbeugend) in Mazedonien stehen. Im März weilte der amerikanische Generalstabschef, John Shalikashvili, in Skopje. Wahrscheinlich überlassen die Mazedonier den Amerikanern den ehemaligen jugoslawischen Militärstützpunkt Krivolak. Und von Albanien aus steigen heute amerikanische «Drohnen» auf, um über Ex-Jugoslawien aufzuklären.

Mazedonien ist, wie das untergegangene Jugoslawien, ein Vielvölkerstaat. Mit 1,3 Millionen bilden die «Slaw-Mazedonier» die Mehrheit. Zudem ist Mazedonien Heimat von etwa 100 000 Türken, Zigeunern, Kutzo-Wallachen (ein romanischer Volksstamm), Tsintsars, Torbeschi (zum Islam konvertierte Slawen), Aromunen und Bulgaren. Nach der Schlacht auf dem Amselfeld (Kosovo) 1389 wurde Mazedonien türkisches Eigentum, das es bis 1912, bis zum Ausbruch des Ersten Balkankrieges, blieb. Das ursprüngliche Mazedonien wurde 1913 unter Bulgaren, Griechen und Serben aufgeteilt.

1943 versprach der Kommunist und Partisanenführer Tito, den «jugoslawischen» Mazedoniern eine eigene Republik innerhalb des künftigen Südslawischen Staates (Jugo-Slawien). Mit der Gründung der

* Der Amerikaner John Reed («Zehn Tage, die die Welt erschütterten») war Poet, Revolutionschriftsteller, Abenteurer und Inspirator einer ganzen Generation von «radikalen» Intellektuellen im Westen gewesen; er wurde an der Kreml-Mauer in Moskau begraben.

Volksrepublik «Makedonija», mit der Neuschaffung einer mazedonischen Nation, separierte der schlaue kroatische Bauernsohn Tito die mazedonischen von den serbischen und bulgarischen Slawen. Er unterlief damit bulgarische Gebietsansprüche, weil es keine mazedonischen Bulgaren mehr gab. Fortan waren die Mazedonier nicht mehr Teil der serbischen Nation. Das historische «Grossserbien» war von Tito verkleinert worden. Die «Erfindung» der mazedonischen Nation hatte die «Geburt» von mazedonischen Minderheiten in Bulgarien und Griechenland zur Folge. Folgerichtig stritten sowohl Bulgarien (damals) als auch Griechenland die Existenz einer mazedonischen Nationalität ab.

Verschwörung

Jugoslawische und bulgarische Kommunisten zettelten nach dem Zweiten Weltkrieg die neue mazedonische Verschwörung an. Tito und der bulgarische Diktator Georgi Dimitrow planten, Bulgarien und Jugoslawien zu einer Föderation zu vereinigen, als Kern einer künftigen «Union der Sowjetrepubliken des Balkans». Später sollten sich Rumänien, Ungarn, Albanien und Griechenland anschliessen. Im Rahmen der Föderation sollte Mazedonien, nach der Vereinigung seines bulgarischen, griechischen und jugoslawischen Teils, einen selbständigen Staat bilden.

Der sowjetische Diktator Josef Stalin hatte anfänglich nichts gegen diese Pläne. Er hoffte, den sowjetischen Machtbereich bis ans Mittelmeer ausdehnen zu können. Voraussetzung war, dass die kommunistischen Herrscher Bulgariens und Jugoslawiens ergebene Vasallen blieben. Tito blieb es nicht. Die balkanische Mini-Sowjetunion kam nicht zustande.

Athens Ängste, echte und unechte, sind aber geblieben, heute Vehikel griechischer Innenpolitik. Nur besteht heute die Gefahr, dass dieses Vehikel von der Fahrbahn gerät. ■

Sabina Döbeli: «Ich kenne keine Tabus»

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Darauf, dass Neuanfänge möglich sind (Beispiel Südafrika).

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Der vielerorts wieder vermehrt aufkeimende Rassismus macht mir am meisten Angst.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Fundamental wichtig scheint mir die Sprache (und alles, was im Laufe der Zeit noch dazu kam, um die Kommunikation zwischen den Menschen zu verbessern bzw. zu vereinfachen). Für die entbehrlichste Erfindung halte ich Gartenzäune.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Dass unsere Demokratie uns erlaubt, alles in Frage zu stellen; es gibt in diesem Sinne keine «heiligen Kühe».

KURZBIOGRAPHIE

Sabina Döbeli

Berufliche Stationen: Matura Typus C, Grundstudium phil. hist., zur Zeit Studentin der Rechts- und Filmwissenschaften; daneben Aushilfe in Verkauf und Dekoration.

Alter: 26

Politischer Werdegang: 1989 Präsidentin der Jungliberalen Bewegung Bezirk Olten, seither Vorstandsmitglied der Jungliberalen Bewegung des Kantons Solothurn (JBSO), 1991 Nationalratskandidatin auf der Frauenliste der FdP SO, seit 1992 Mitglied des Zentralvorstandes



Sabina Döbeli, hier in Rom, liebt das Reisen.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Unsere Selbstherrlichkeit und unser veraltetes Geschichtsverständnis (was möglicherweise zusammenhängt).

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehr-

der JBS, auch seit 1992 Mitglied des SAJV-Vorstandes (Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände), Mitinitiantin der Initiative «Für unsere Zukunft im Herzen Europas» und Vorstandsmitglied der Bewegung «Geboren am 7. Dezember 1992». Seit Februar Präsidentin der JEF Schweiz (Junge Europäische FöderalistInnen) und nun neu Geschäftsleitungsmitglied der FdPS.

Liebste Tätigkeit: Ins Kino und ins Theater gehen, Kunstausstellungen besichtigen, Freundinnen und Freunde treffen, reisen. ■

heiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich?»

Ja und nein; ganz klar sind es Minderheiten, die progressive Ideen entwickeln, allerdings ist für deren reale Umsetzung dann irgendwann einmal eine Mehrheit nötig.

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil die liberalen Grundsätze meinem Verständnis vom menschlichen Zusammenleben sehr entsprechen.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Gibt es doch, den Friedensnobelpreis! Und mit seiner Verleihung bin ich meist sehr einverstanden (Beispiel Gorbatschew).

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch ihre/seine transparente Darlegung ihrer/seiner Beweggründe für ihr/sein Handeln.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Jede Menge Konflikte. Aber wir können und wollen sicher nicht unabhängig voneinander leben. Ich finde es sehr spannend, unsere Beziehungen in den verschiedensten Lebensbereichen neu definieren zu müssen, und bin immer noch voller Hoffnung, dass wir eines Tages als gleichberechtigte Partnerinnen und Partner zusammenleben können.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Eine Schwäche, die mir die Politik nicht gerade erleichtert, ist meine Empfindlichkeit, ich nehme viel zu viel persönlich. Eine Stärke ist vielleicht meine Offenheit und Neugierde, ich kenne keine Tabus.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Tim Krohns «Zeitalter des Esels».

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Wenn Sie körperlich meinen, viel zu wenig (sporadisch Ski, Velo, Tanz).

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Ich bin schrecklich unmusikalisch, aber ich würde sehr gerne singen können.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Die Hip-Hop-Sängerin Debby Dee, ihre offene, unverblühte Art beeindruckt mich. Zudem habe ich sehr viel Bewunderung für diese jungen Leute, die sich neuer Ausdrucksformen bedienen, um «Politik» zu betreiben. ■

Freisinnige Positionen

Diese Broschüren können Sie bei uns bestellen

Angewandte Politik

Jugend ans Steuer ruder. Wo ein frischer Wind weht, da stimmt der Kurs.



Die FDP ist die Partei der Zukunft. Sie ist die Partei der Verantwortung. Sie ist die Partei der Freiheit. Sie ist die Partei der Gerechtigkeit. Sie ist die Partei der Solidarität. Sie ist die Partei der Verantwortung. Sie ist die Partei der Freiheit. Sie ist die Partei der Gerechtigkeit. Sie ist die Partei der Solidarität.

Freiheit gewinnt.

JBS FDP

Jugendliche Bewegung der Schweiz
Freisinnig-Demokratische Partei

1

Frauen

Freiheit, Gleichheit, Schwesterlichkeit.



Wenn als die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen, dann ist die Politik nicht vollständig. Die FDP ist die Partei der Gleichheit. Sie ist die Partei der Freiheit. Sie ist die Partei der Gerechtigkeit. Sie ist die Partei der Solidarität.

Freiheit gewinnt.

FDP

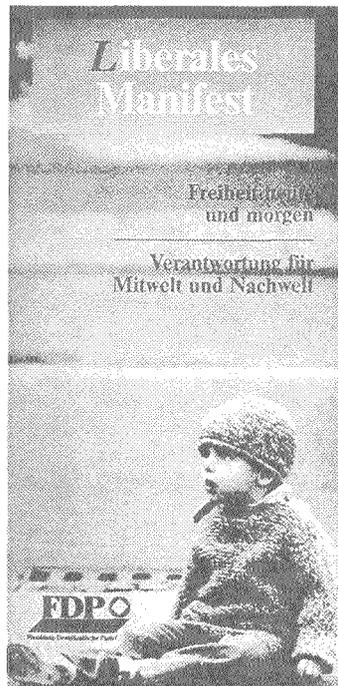
Freisinnig-Demokratische Partei

2

Liberales Manifest

Freiheit heute und morgen

Verantwortung für Mitwelt und Nachwelt



Die FDP ist die Partei der Freiheit. Sie ist die Partei der Gerechtigkeit. Sie ist die Partei der Solidarität. Sie ist die Partei der Verantwortung. Sie ist die Partei der Freiheit. Sie ist die Partei der Gerechtigkeit. Sie ist die Partei der Solidarität.

Freiheit gewinnt.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

3

Wohnen

Unser Vorschlag gegen die Wohnungsnot: Vorschriften abbauen. Wohnungen aufbauen.



Die FDP ist die Partei der Freiheit. Sie ist die Partei der Gerechtigkeit. Sie ist die Partei der Solidarität. Sie ist die Partei der Verantwortung. Sie ist die Partei der Freiheit. Sie ist die Partei der Gerechtigkeit. Sie ist die Partei der Solidarität.

Freiheit gewinnt.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

4 (Neuaufgabe in Vorbereitung)

Umweltpolitik

Nur eine gesunde Wirtschaft schützt unsere Umwelt wirksam.



Die FDP ist die Partei der Freiheit. Sie ist die Partei der Gerechtigkeit. Sie ist die Partei der Solidarität. Sie ist die Partei der Verantwortung. Sie ist die Partei der Freiheit. Sie ist die Partei der Gerechtigkeit. Sie ist die Partei der Solidarität.

Freiheit gewinnt.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

5

Dazu stehen wir

Zielsetzungen und Postulate 1991 - 1995

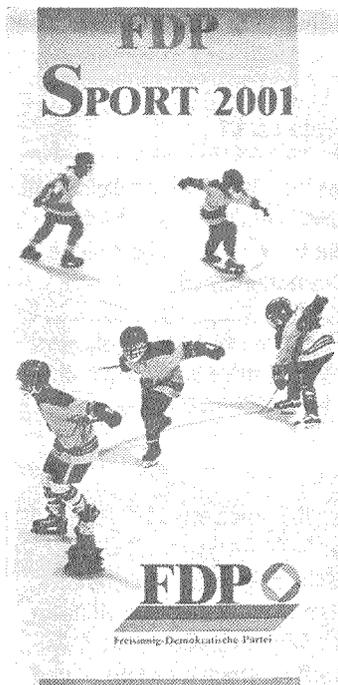


FDP PRD PLR

Freisinnig-Demokratische Partei

6

FDP SPORT 2001



Die FDP ist die Partei der Freiheit. Sie ist die Partei der Gerechtigkeit. Sie ist die Partei der Solidarität. Sie ist die Partei der Verantwortung. Sie ist die Partei der Freiheit. Sie ist die Partei der Gerechtigkeit. Sie ist die Partei der Solidarität.

Freiheit gewinnt.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

7

Asylpolitik

Mit dem Asylgesetz wollen wir Verfolgte schützen. Aber keine Einwanderer.



Die FDP ist die Partei der Freiheit. Sie ist die Partei der Gerechtigkeit. Sie ist die Partei der Solidarität. Sie ist die Partei der Verantwortung. Sie ist die Partei der Freiheit. Sie ist die Partei der Gerechtigkeit. Sie ist die Partei der Solidarität.

Freiheit gewinnt.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

8

Bitte senden Sie mir folgende Broschüren:

Broschüre Nr. 1 2 3 4 5 6 7 8

Kreuzen Sie die gewünschte Nummer an.

1 Exemplar gratis.

Bei mehreren Exemplaren kosten

die Nummern 1 2 4 5 8 je Fr. -50

die Nummern 3 6 7 je Fr. 1.-

Name/Vorname: _____

5/94

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern

Tel. (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51



Erfolgreicher Abschluss der Uruguay-Runde Mitte April in Marrakesch: Volkswirtschaftsminister Jean-Pascal Delamuraz unterzeichnet das für die Schweiz bedeutungsvolle Vertragswerk. (Photo Keystone)

Alles oder nichts

Die Würfel sind gefallen. Die Minister der mittlerweile 122 Teilnehmerstaaten an der Uruguay-Runde haben am 15. April in Marrakesch die Resultate der achten Welthandelsrunde unterzeichnet. Damit die Ergebnisse der Uruguay-Runde voraussichtlich am 1. Juli 1995 in Kraft treten können, muss die Ratifizierung von einer angemessenen Anzahl Mitgliedstaaten in einer ausgewogenen regionalen Verteilung vollzogen werden. Auch die Schweiz ist zu diesem Schritt aufgerufen.

○ Nationalrätin Vreni Spoerry (ZH)

Beim Gatt-Entscheid handelt es sich für unser stark exportorientiertes Land um einen in wirtschaftlicher Hinsicht schicksalhaften Entscheid. Er untersteht dem fakultativen Referendum.

Sollte dieses ergriffen werden und würde die Ratifizierung in einer Volksabstimmung abgelehnt, stünden wir mit Bezug auf die rechtliche Absicherung unserer weltweiten Handelsbeziehungen buchstäblich vor dem Nichts.

Ersatz des Gatt

Formell bedeutet die Ratifizierung Zustimmung zu den Ergeb-



FDP-Nationalrätin Vreni Spoerry: «Ein schicksalshafter Entscheid.»

nissen der Uruguay-Runde. Materiell aber bedeutet die Uruguay-Runde den Ersatz des Gatt aus dem Jahre 1947, dem die Schweiz 1966 beigetreten ist. Das bisherige Gatt wird nämlich in die neue Welthandelsorganisation

WTO (World Trade Organization) übergeführt. Die WTO ist eine zwischenstaatliche internationale Organisation, die den institutionellen Rahmen für alle in der Uruguay-Runde ausgehandelten Einzelabkommen bildet und den Gatt-Regeln Rechtskraft verleiht.

Das Gatt aus dem Jahre 1947 löst sich demnach auf und wird als Nachfolgeorganisation Gatt 1994 in die WTO eingehen.

Im Klartext bedeutet dies für die Schweiz: Bei einem Nein zu den Resultaten der Uruguay-Runde sind wir nicht mehr Mitglied des Gatt.

Hier liegt ein wesentlicher Unterschied zum seinerzeitigen Entscheid über den EWR-Beitritt. Das Nein zum EWR-Beitritt hat das bisherige Freihandelsab-

Fortsetzung auf Seite 8

Was meinen Sie zum neuen Gatt-Abkommen?



Die Berner FDP-Ständerätin Christine Beerli wohnt in Biel, wo sie als Anwältin arbeitet.



Der Bündner Nationalrat Duri Bezzola wohnt in Scuol. Der Architekt arbeitet als Bauunternehmer.



Der Zuger Nationalrat Dr. Georg Stucky war 15 Jahre lang Regierungsrat. Er wohnt in Baar.

Welche Bedeutung messen Sie dem Gatt-Abschluss zu?

Die Ratifizierung des Gatt-Abkommens ist für unser Land von existentieller Bedeutung. Für eine Volkswirtschaft, in der jeder zweite Franken im Ausland verdient wird, ist Freihandel lebensnotwendig. Ein Nein der Schweiz wäre der erste Schritt hin zu einem grossen Freilichtmuseum à la Ballenberg im Herzen Europas.

Die Schweiz ist der Welt neuntgrösster Warenexporteur und fünftgrösster Dienstleistungsexporteur. Die Gatt-Mitglieder decken über neunzig Prozent des Welthandels ab – die Schweiz gehört seit 1966 dazu. Der heutige Wohlstand – auch der unsrige – ist entscheidend dem Welthandel zu verdanken. Damit dieser Welthandel funktioniert und alle davon profitieren können, braucht es faire Spielregeln. Das Gatt sorgt dafür.

Eine fundamentale für unsere gesamte Volkswirtschaft, unsere Auswirtschaft im besonderen.

Welches sind für Sie die wichtigsten Bereiche, die vom Gatt-Abkommen neu erfasst werden?

■ Weiterer Abbau der Zölle auf Industriegütern (Marktzugang für unsere Maschinenindustrie).

■ Einbezug der Dienstleistungen. Die Schweiz ist fünftgrösster Exporteur von Dienstleistungen (Banken, Versicherungen usw.).

■ Erstmals Schutz des geistigen Eigentums (wichtig für die forschungsintensive chemische Industrie und die Uhrenindustrie).

■ Handel mit Dienstleistungen, denn der Lebensstandard in den Industrieländern hängt in zunehmendem Masse von der Wertschöpfung des Dienstleistungsbereichs ab.

■ Beseitigung der Handelshemmnisse bei Direktinvestitionen im Ausland.

Der erstmalige Einschluss der Dienstleistungen, die ja immer mehr an wirtschaftlicher Bedeutung (besonders für unser Land) im internationalen Rahmen gewinnen, aber auch die bessere Absicherung des geistigen Eigentums.

Unsere Agrarpolitik hat sich auf die kommende Öffnung der Grenzen auch für Landwirtschaftsprodukte bereits eingestellt. Wie beurteilen Sie diese Umorientierung?

Ich beurteile die durch den siebten Landwirtschaftsbericht eingeleitete Umorientierung unserer Agrarpolitik als positiv. Die Entkoppelung der Einkommens- von der Preispolitik ermöglicht mehr Markt bei den Lebensmitteln und sichert den Landwirten über die Direktzahlungen trotzdem ihr Einkommen. Zudem werden – was sehr zu begrüßen ist – diejenigen Bauern belohnt, die eine zusätzliche Leistung für Umwelt und Landschaft erbringen.

Das Gatt verlangt kein «Bauernopfer». Die einheimische Landwirtschaft kann auch in Zukunft unterstützt werden, nämlich mit Gatt-konformen Direktzahlungen. Zudem wird im neuen Gatt-Abkommen erstmals völkerrechtlich festgehalten, dass die Landwirtschaft nicht nur wirtschaftliche Ziele zu erfüllen hat, sondern auch einen Beitrag an eine intakte Umwelt und Landschaft leistet.

Diese Umstellung ist unumgänglich! Selbst ohne Gatt-Vertrag müsste sie einmal kommen. Sie wird vom Gatt her beschleunigt, kann aber «im Griff» behalten werden.

Die Landwirtschaft bezahlt beim neuen Gatt-Abkommen den höchsten Preis. Ist dieser Preis für die Landwirtschaft verkraftbar?

Der Preis ist für den innovativen und einsatzfreudigen Landwirt dann verkraftbar, wenn er darauf zählen kann, dass die Direktzahlungen auch bei angeschlagenem Bundeshaushalt bezahlt werden. Ich befürworte eine entsprechende verfassungsmässige Zusicherung. Andererseits ist die Wirtschaft nur bei Annahme des Gatt in der Lage, die notwendigen Mittel zu erwirtschaften.

Wie überall gibt es auch beim Gatt Gewinner und Verlierer. Zu den Verlierern gehört eindeutig die Landwirtschaft. Die vom Gatt-Abkommen Bevorteilten, wie beispielsweise die Exportindustrie, haben ihre Beiträge zur Finanzierung der Direktzahlungen zu leisten.

Ja, sofern wir die im Gatt-Vertrag gebotenen Möglichkeiten – wie Direktzahlungen – nutzen. Zudem werden die Bauern von den vielen Vorschriften entlastet, können eher wieder echte Unternehmer sein. Das ist eine Chance.

Wofür werden Sie sich einsetzen, falls das Referendum gegen die Ratifizierung des Gatt ergriffen wird?

Ich werde mich mit Überzeugung für eine Ratifizierung des Gatt-Vertrages einsetzen. ■

Bei einem Nein zum Gatt würden wir uns ins eigene Fleisch schneiden. Am 1. Juli 1995 stünden wir buchstäblich vor dem Nichts! Wir hätten mit massivsten Zoll- und Handelshürden zu rechnen. Unser Wohlstand wäre in Frage gestellt, damit auch die Sicherstellung der Sozialleistungen. Ich würde mich daher für die Ratifizierung des Vertrags einsetzen. ■

Gegen die Abschottung, für eine Schweiz, die der Nachfolgeorganisation des Gatt, der neuen Welthandelsorganisation (WTO), angehört und trotz härterer Konkurrenz ihre Flexibilität, ihr Können und ihre Arbeitskräfte zur Geltung bringen kann, nicht zuletzt, um Arbeitsplätze im Inland sicherzustellen. ■

Interviews:
Anna-Marie Kappeler



Der Genfer Nationalrat Peter Tschopp ist Universitätsprofessor (Ökonom). Er wohnt in Vandœuvres.



Der Luzerner Nationalrat Karl Tschuppert wohnt in Ettiswil und ist Landwirt.



Der Solothurner Nationalrat Christian Waner wohnt in Messen und ist Landwirt.



Die St. Galler Nationalrätin Milli Wittenwiler wohnt in Wattwil und ist dipl. Bäuerin.

Nachdem wir über EWR-Nein und Alpeninitiative-Ja aussenwirtschaftspolitisch auf allzu grossem Fuss leben, kommt dem Gatt eine ganz zentrale Stellung zu. Da kann es nur ein Ja geben.

Das neue Abkommen erweitert die Gatt-Regeln auf Dienstleistungen, Agrarprodukte und auf wirtschaftlich relevantes geistiges Eigentum. Die Schweiz gewinnt auf der ganzen Linie, als Dienstleistungsland und einer der weltweit massgeblichsten Lizenzgeber.

Langfristig werden sich die neuen Gatt-Regeln auch für die Landwirtschaft bezahlt machen. Nüchtern betrachtet könnte die Agrarpolitik sowieso nicht wie gehabt weitergeführt werden. Kurzfristig bereitet der neue Gatt-Rahmen natürlich schon grosse Schwierigkeiten. Aber diese lassen sich meistern: über Direktzahlungen und die nicht zu unterschätzende Anpassungskraft unserer Bauern.

Es ist falsch, immer wieder Landwirtschaft und Wirtschaft trennen zu wollen. Seit spätestens 1951 ist die Landwirtschaft derart subventioniert, dass sie vollkommen vom Gedeihen der restlichen schweizerischen Wirtschaft abhängt. Und letztere kann ohne Gatt nicht weitergedeihen.

Ich hoffe sehr, dass uns die Gatt-Kritiker ein Referendum ersparen werden. Wir müssen endlich aufhören, unsere Politikklasse permanent auf Trab zu halten. Sollte es doch zu einem Referendum kommen, werde ich mich natürlich stark für das neue Gatt-Abkommen einsetzen. ■

Obwohl schon heute ein industrieller Freihandel mit der EU und den EFTA-Ländern besteht, dürfen wir nicht vergessen, dass grosse Teile unserer Exporte in den Bereichen Maschinen, Chemie- und Pharmasektor sowie aus der Uhrenindustrie für aussereuropäische Märkte bestimmt sind. Gesicherte Marktzutritte und einheitliche Regeln und Disziplin für den Welthandel sind somit für die Schweiz von grosser Bedeutung.

Die wichtigsten Bereiche, die vom Gatt-Abkommen neu erfasst werden, sind Dienstleistungen, geistiges Eigentum, handelsrelevante Investitionsmassnahmen und die Landwirtschaft. Eine weitere Neuerung besteht darin, dass alle Bereiche als Paket geschnürt wurden und von den einzelnen Ländern in ihrer Gesamtheit akzeptiert werden müssen.

Die zentrale Frage für die Landwirtschaft lautet: Wie können offenere Märkte, liberalerer Handel und weltweit gültige Handelsregeln mit der Multifunktionalität der Landwirtschaft in Übereinstimmung gebracht werden? Leider muss man feststellen, dass es den Behörden und dem Parlament bis heute nicht gelungen ist, ein überzeugendes und für die Landwirtschaft auch verlässliches Gesamtkonzept zur Bewältigung der Herausforderung zu verwirklichen.

Eine Beurteilung hängt davon ab, wie nun innenpolitisch der im Gatt vorhandene Spielraum ausgeschöpft wird. Ich denke vor allem an die finanzielle Dotierung von Gatt-konformen Massnahmen und an den Umbau von Marktordnungen als Folge der Tarifizierung.* Die Landwirtschaft wird gleichwohl aus wirtschaftspolitischer Sicht zu den Verlierern dieser Gatt-Runde gehören.

Ein Referendum kann aus den Kreisen der Landwirtschaft abgewendet werden, wenn in diesem Zusammenhang die immer und überall versprochene Solidarität der Wirtschaft gegenüber der Landwirtschaft tatsächlich verwirklicht wird. ■

* Belastung der landwirtschaftlichen Importe durch Zölle.

Der Gatt-Abschluss ist für die Schweiz von zentraler Bedeutung. Unsere exportorientierte Wirtschaft braucht den Zugang zu den bedeutenden Märkten der Welt. Bei einer Ablehnung des vorliegenden Abkommens wären wir nicht mehr Mitglied des Gatt oder einer allfälligen Nachfolgeorganisation. Die Diskriminierung unserer Wirtschaft wäre nicht zu umgehen. Das können wir uns keinesfalls leisten.

- Landwirtschaft
- Dienstleistungen
- geistiges Eigentum
- Rückführung des Textilbereiches ins Gatt
- öffentliches Auftragswesen
- verbessertes System zur Streit-schlichtung

Die Umorientierung ist zwar spät erfolgt, aber dennoch rechtzeitig, um unseren Bauern den dringend notwendigen wirtschaftlichen Rückhalt zu geben. Bei der Umsetzung des Gatt-Abkommens muss der sachliche und zeitliche Handlungsspielraum maximal ausgeschöpft werden. Bei der Tarifizierung müssen zu Beginn möglichst hohe Ansätze festgelegt werden. Der vorgesehene Abbau innert Frist wird somit von einem hohen Niveau auf ein erträgliches erfolgen.

Wenn wir davon ausgehen, dass das Gatt-Abkommen für unsere Wirtschaft von grosser Bedeutung ist, so muss der Preis, den die Landwirtschaft zu entrichten hat, ein verkraftbarer sein. Hier liegt die grosse politische Herausforderung, um die wir nicht herumkommen.

Diese Frage kann heute nicht abschliessend beantwortet werden. Sollte nichts anderes übrig bleiben, als ein Referendum zu unterstützen, so wäre dies nur auf Grund einer massiven politischen Fehlleistung von Bundesrat und Parlament denkbar. An eine solche glaube ich allerdings nicht. ■

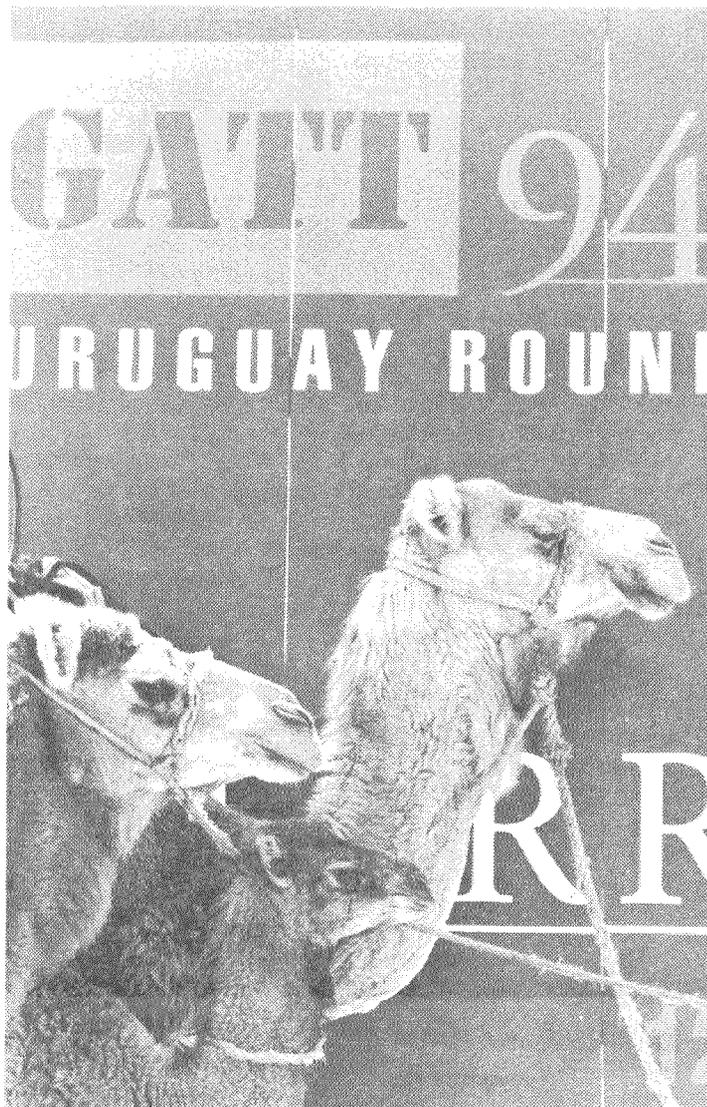
Der Gatt-Abschluss darf weder über- noch unterschätzt werden. Das wichtigste ist jetzt, dass der Rahmen, der in Marrakesch gesetzt wurde, sinnvoll ausgefüllt wird, und die Schweiz den ihr zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum ausnützt. Entscheidend sind dafür die nächsten Monate!

Die Landwirtschaft. Der auf Grund der Gatt-Verhandlungen erforderliche Abbau der internen Stützung um global zwanzig Prozent verursacht der Landwirtschaft Einkommenseinbussen von rund 1,4 Milliarden Franken.

Bundesrat und Parlament sagten Ja zur Neuorientierung der inländischen Agrarpolitik, die im siebten Landwirtschaftsbericht skizziert ist. Das Gatt-Abkommen wird den landwirtschaftlichen Reformprozess aber erheblich beschleunigen. Eine multifunktionale Landwirtschaft ist unter einer absolut liberalen Aussenhandelspolitik nicht zu verwirklichen.

Erste Gegenfrage: Werden die Einkommenseinbussen durch Direktzahlungen kompensiert? Zweite Gegenfrage: Wie werden die erforderlichen Direktzahlungen verlässlich finanziert?

Wenn die beiden «Schicksalsfragen» von Punkt vier bis zur Beendigung der parlamentarischen Verhandlung zufriedenstellend beantwortet werden und der im Gatt-Abkommen vorhandene innenpolitische Spielraum zugunsten der Landwirtschaft voll ausgeschöpft wird, werde ich mich für die Ratifizierung einsetzen. ■



Mit dem Abschluss der Uruguay-Runde wird das Gatt in die neue Welthandelsorganisation WTO übergeführt. (Photo Keystone)

Fortsetzung von Seite 5

kommen, das wir mit der Europäischen Union haben, nicht ausser Kraft gesetzt. Die Regeln dieses Abkommens bleiben gültig und ermöglichen im Rahmen von bilateralen Verträgen eine gewisse Weiterentwicklung. Auch sind wir weiterhin Mitglied der EFTA.

Folgschwerer Entscheid

Nicht so beim Gatt. Wenn wir die Ratifizierung der Resultate aus der Uruguay-Runde und damit den Beitritt zur neuen Welthandelsorganisation WTO verweigern, bleiben wir ohne Sicherheitsnetz. Wir wären damit von allen Vorteilen im Welthandel ausgeschlossen, welche das Gatt vor allem den kleineren Ländern ausserhalb von grossen Blöcken gewährt.

Wir könnten weder von den vorgesehenen Zollabbauten noch vom Diskriminierungsverbot noch vom neuen Zugang für Dienstleistungen und beim öffentlichen Beschaffungswesen profitieren, d. h., wir könnten alle den anderen Gatt-Mitgliedstaaten gewährten Erleichterungen nicht beanspruchen.

Eine solche Situation müsste sich auf die Standortgunst der Schweiz für international tätige Firmen verheerend auswirken, was über kurz oder lang auch für die Binnenwirtschaft negative Folgen zeitigen würde.

Der Entscheid über die Resultate der Uruguay-Runde muss also wohl überlegt werden. Eine vergleichbare Alternative zur neuen Welthandelsorganisation existiert für unser Land nicht.

KOLUMNE

Was gefällt und was missfällt an Radio und TV DRS?



Die Wogen in den letzten Wochen gingen vor allem darüber hoch, ob der Bundesrat die Konzession für ein RTL-Fenster bewilligen sollte und welche Auswirkungen dies auf die SRG gehabt hätte. Mindestens so wichtig müsste eine vertiefte Auseinandersetzung darüber sein, ob die privilegierte SRG ihren Beitrag zu einer konstruktiven Fortentwicklung unserer direkten Demokratie und unserer politischen Kultur leistet. Was ist aus diesem Gesichtspunkt an Radio und Fernsehen DRS zu loben (und zu tadeln)?

■ Die gesamte Informationsleistung vor allem vom Radio, aber auch vom Fernsehen DRS ist international, national und regional auf hohem Niveau.

■ Die Kulturbetreuung ist gut, sollte aber durch die Sparübungen beim Radio nicht noch weiter vermindert werden.

■ Die Entwicklung vom «Randgruppenmedium» weg zum «Mehrheitsmedium» ist beachtlich, wenn auch seit dem Fehlstart von S plus wieder Rückfälle zu vermerken sind.

■ Die aktuellen politischen Themen werden rasch in Diskussionssendungen aufgenommen.

■ Kassensturz, Espresso und auch 10 vor 10 decken häufig Missstände im Konsumenten- und Politikbereich auf.

■ Bei den meisten Eigenproduktionen ist ein hohes filmisches Niveau festzustellen. Was ist zu kritisieren?

■ Im Zweifelsfall überdeckt das Quotendenken die Qualitätsansprüche. Am Fernsehen findet in manchen Bereichen eine Boulevardisierung statt, die der Sensationssucht als Droge der «Recherchierjournalisten» zuviel Raum gibt. In diese Richtung weist auch das «Infotainment» in 10 vor 10.

■ Wirtschaftsbremen verfügen über zu wenig Raum, und es fehlt vor allem eine Hintergrundsendung in eigener Regie.

■ Dies fällt um so mehr ins Gewicht als die «Konsumenten-sendungen» Kassensturz und Espresso aus einer wirtschaftsfeindlichen Grundstimmung heraus gestaltet werden und sich nicht selten zu einem «Fertigmacher-Journalismus» hinreissen lassen.

■ In den politischen Diskussionen nimmt der Show-Effekt überhand. Es werden mit Vorliebe Gladiatorenkämpfe extremer Politiker veranstaltet. Darüber kommt die nuancierte Information zu kurz.

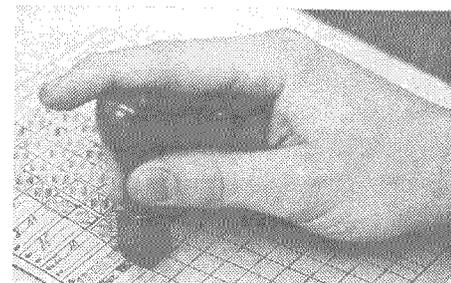
■ Das links-alternative «Leutschenbach-Klima» schlägt zwar weniger als früher, aber immer noch zu häufig in allen möglichen Sendungen durch. Das Grundproblem der Unzufriedenheit weiter bürgerlicher Kreise mit der politischen Gesamtleistung von Radio und Fernsehen DRS dürfte darin liegen, dass die politische Haltung der Mehrheit des Schweizervolkes eine andere ist als die der Mehrheit der Programmschaffenden: Die Beschaffung von 34 F/A-18-Kampfflugzeugen wurde von 57 Prozent der Stimmentenden, aber schätzungsweise wohl nur von 10 bis 20 Prozent der Programmschaffenden bejaht.

■ Zu viele der Satiresendungen sind ohne Geist und Witz.

Der amerikanische Gesellschaftskritiker Alvin Toffler hat kürzlich in einem Interview gesagt: «Versuchen wir die Medien zu kontrollieren, unterhöheln wir die Demokratie. Unterlassen wir es, unterhöheln die Medien die Demokratie.» Diese Aussage ist zwar zu generalisierend. Aber sie deutet eine Gefahr – und zugleich ein Dilemma an. Dieses wäre am besten durch eine stärkere Selbstkontrolle der Medien zu lösen. Solange allerdings bei vielen Medien allein die «Quote» hoch und die Mitverantwortung für die Geschehnisse des Landes gering bewertet wird, wird sich kein Fortschritt ergeben.

Alt Nationalrat
Dr. Kurt Müller, Meilen ZH

Eine starke Wirtschaft, gesunde Finanzen, mehr Arbeitsplätze: Das sind die Eckpfeiler des Programms der FDP gegen die Arbeitslosigkeit. Als Ziel formuliert die Partei «Arbeit für alle». In erster Linie schlägt sie Massnahmen vor, welche Arbeitslosigkeit gar nicht erst entstehen lassen. Erstmals publiziert die Partei einen ihrer Berichte im «Freisinn» als Dossier. Er wird so in einer Auflage von rund 80 000 verbreitet. Es ist wichtig, dass sich möglichst viele Freisinnige mit dem Thema beschäftigen und unsere Ideen aufnehmen. Die Seiten 9 bis 12 können ganz einfach herausgenommen, für das Studium verwendet und verbreitet werden.



FDP-Bericht: Wege aus der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit als neue und dauerhafte Herausforderung

Die Weltwirtschaft durchlief zu Beginn der 90er Jahre eine Phase hartnäckiger Rezession. Die Schweiz machte da keine Ausnahme: Die Folgen der massiv gesunkenen Konsumentenstimmung und des damit verbundenen Rückgangs der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, der innerbetrieblichen Umwälzungen sowie die Um- und Restrukturierung der schweizerischen Wirtschaft forderten ihren Tribut: Ende 1993 waren bei den Arbeitsämtern über 184 000 Arbeitslose registriert, was einer gesamtschweizerischen Arbeitslosenquote von 5,1% entspricht. In der Westschweiz und im Tessin ist die Arbeitslosigkeit mit 7,3% noch höher. Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit sind auch in der Schweiz zu einem Thema geworden: Bei den 20–24jährigen beträgt die Arbeitslosenquote 7,5%, und 22,5% aller als arbeitslos Gemeldeten sind bereits seit über 12 Monaten ohne Beschäftigung, darunter viele über 55jährige Arbeitnehmer. Zahlreiche Erwerbslose besitzen keine genügende berufliche Qualifikation. Die Zahl der «Ausgesteuerten» nimmt ebenfalls zu.

Trotz Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung im laufenden Jahr erwarten Experten für 1994 noch keinen deutlichen Rückgang der Arbeitslosenzahlen, so dass mit einer baldigen Entschärfung der Lage nicht zu rechnen ist.

Die enorme Zunahme der Arbeitslosigkeit hat zu einem starken Anstieg der entsprechenden Sozialkosten geführt. Trotz Erhöhung der Beiträge wird allein für das Jahr 1994 mit einem Defizit der Arbeitslosenversicherung von rund 4 Milliarden Franken gerechnet; der «Schuldenberg» der Arbeitslosenkasse betrug Ende 1993 be-

reits gut 4 Milliarden Franken und wird in diesem Jahr auf rund 8 Milliarden anwachsen. Diese Schulden müssen verzinst und dereinst zurückbezahlt werden.

Arbeit hat in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert. Sie bietet Entfaltungsmöglichkeiten für individuelle Fähigkeiten und verschafft Einkommen, das die selbständige materielle Exi-

stenz ermöglicht. Arbeit ist eine wichtige Grundlage zur persönlichen Freiheit und zur eigenen Lebensgestaltung.

Deshalb wird Arbeitslosigkeit für die Betroffenen nicht nur zu einem unmittelbaren finanziellen Problem, welches durch die Taggeldleistungen der Arbeitslosenversicherung weitgehend gemildert wird. Vielmehr hat das unfreiwillige Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess oft auch soziale und psychologische Folgen. Die geltende Arbeitslosengesetzgebung ist in der heutigen Situation somit nicht nur wegen der hohen Kosten als ungenügend anzuschauen. Weder bietet sie individuelle Betreuung in genügendem Masse, noch lässt sie die Beschreitung neuer, kreativer Wege in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu.

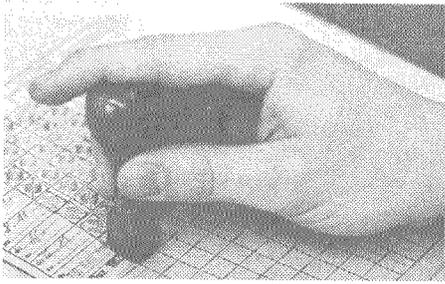
Arbeit für alle

Hauptziel der freisinnigen Arbeitslosen- und Arbeitsmarktpolitik ist es, die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu fördern, um die Arbeitslosenquote rasch und dauerhaft zu senken. Insbesondere muss der Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit aufgehalten und wieder gesenkt werden. Erwerbslose müssen dabei rasch wieder in die Gesellschaft integriert werden können.

Reformen der Wirtschafts- und Sozialpolitik; Umbau der Arbeitslosenversicherung; Schaffung neuer Instrumente



Hauptziel der freisinnigen Arbeitslosen- und Arbeitsmarktpolitik ist es, die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu fördern, um die Arbeitslosenquote rasch und dauerhaft zu senken. (Photo Keystone)



Gut ausgebildete und motivierte Arbeitnehmer, sozialer Frieden, innovative und flexible Unternehmen, Preisstabilität, gesunde Staatsfinanzen, eine harte Währung, geringe Regeldichte, ein stabiles politisches System, eine tiefe Staatsquote sowie Offenheit und Anpassungsfähigkeit waren in der Vergangenheit die Grundlagen für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz. Diese Standortvorteile sind zu erhalten und auszubauen.

Das Problem der Arbeitslosigkeit ist nach Überzeugung der FDP nur dann zu bewältigen, wenn sich die Politik der Einsicht wieder vermehrt zu eigen macht, dass diese Standortvorteile einer dauerhaften «Pflege» bedürfen, sollen sie bestehen bleiben. Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft müssen wieder verbessert, es müssen ihr neue Impulse gegeben werden: Deregulierung, Revitalisierung, Sanierung des Bundeshaushaltes und Preisstabilität dürfen nicht Schlagworte bleiben.

Ebenso sind Massnahmen zu treffen, welche Arbeitslosigkeit gar nicht erst entstehen lassen. Gedacht ist hier insbesondere an die Um- und Weiterbildung sowie die Liberalisierung der Arbeitsgesetzgebung. Denn während Stellen für qualifizierte Fachkräfte weiterhin in mehr als genügender Anzahl zur Verfügung stehen, ist die Arbeitslosigkeit unter den wenig qualifizierten Berufen am grössten. Besondere Aufmerksamkeit muss der Steigerung der Attraktivität von Berufen in Handwerk, Bau und im Dienstleistungsgewerbe, allen voran dem Gastgewerbe, geschenkt werden, um diese Berufe auch für schweizerische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder interessant zu gestalten.

Ordnungspolitische Erneuerung: «Fitnessprogramm» für den Wirtschaftsstandort Schweiz

Nur eine gesunde Volkswirtschaft, die dem einzelnen Unternehmen genügend gestalterischen Freiraum einräumt, ist in der Lage, dauerhafte und hochwertige Arbeitsplätze in der Schweiz zu erhalten und zu schaffen. Langfristig wirksame Massnahmen zur Reduktion der Arbeitslosigkeit können nicht gegen die Bedürfnisse unserer Wirtschaft, sondern nur im Einklang mit diesen erreicht werden.

Schweizerische Unternehmen haben im Ausland insgesamt rund 1,2 Millionen Stellen geschaffen. Neue Arbeitsplätze in der Schweiz werden in genügender Anzahl erst dann wieder geschaffen, wenn sich auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nachhaltig verbessern. Nur so kann die Konkurrenzfähigkeit der stark exportorientierten schweizerischen Volkswirtschaft erhalten werden.

Deshalb ist es im Interesse einer erfolgreichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit äusserst wichtig, unserer Wirtschaft neue Impulse zu geben, neue Investitionen zu realisieren. Hierzu fordert die FDP eine rasche Realisierung ihres vor Jahresfrist verabschiedeten «Fitnessprogramms» für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Mit der Zustimmung zur Einführung der Mehrwertsteuer hat das Schweizervolk einen ersten wichtigen Schritt auf diesem Weg getan: Es wird ein modernes Steuersystem eingeführt und ein Beitrag an die Sanierung der Bundesfinanzen geleistet.

Zum geforderten «Fitnessprogramm» gehört weiter eine eigenständige ordnungspolitische Erneuerung: Hierunter fallen ein Abbau der übermässigen Regeldichte (etwa in der Baugesetzgebung), die Vereinfachung und zeitliche Straffung

von Verfahren sowie das Aufbrechen wettbewerbsverzerrender Kartelle. Zudem ist die Schaffung eines «Binnenmarktes Schweiz» energisch voranzutreiben. Dazu gehört der freie Handel mit Gütern und Dienstleistungen zwischen den Kantonen ebenso wie die interkantonale Anerkennung von Berufszeugnissen, Diplomen und Fähigkeitsausweisen. Der unternehmerische Freiraum, aber auch die private Initiative dürfen nicht durch eine zu hohe Steuerlast eingeschränkt oder gar gelähmt werden. Die Staatsquote, welche sich in den 80er Jahren bei rund 32% eingependelt hat, soll langfristig nicht überschritten werden.

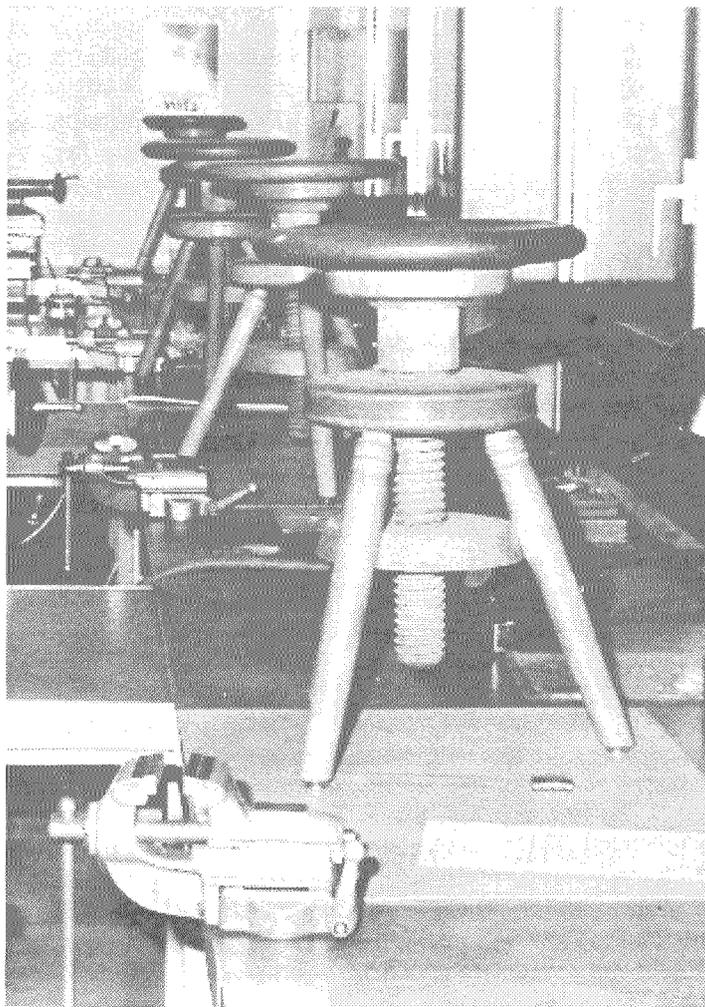
Sanierung der Bundesfinanzen

Auch wenn alle von Bundesrat und Parlament bereits beschlossenen und angekündigten Sparmassnahmen durchgeführt werden und die Wirtschaft 1994 bescheiden wächst, verbleibt allein dem Bund ein struktureller Defizitsockel von drei bis vier Milliarden Franken pro Jahr. Geordnete Staatsfinanzen indes lassen nicht nur den finanziellen Spielraum künftiger Generationen bestehen; sie sind auch für den Wirtschaftsstandort Schweiz von unschätzbarem Wert. Deshalb stellt die Sanierung des Bundeshaushaltes für die FDP ein prioritäres Ziel dar.

Hierbei stehen in erster Linie die Anstrengungen, wenigstens die Zuwachsrate der Ausgaben zu bremsen, im Vordergrund: Der jährliche Ausgabenzuwachs soll das Wachstum der Volkswirtschaft, d. h. des Bruttoinlandsproduktes (BIP), zukünftig nicht mehr übersteigen. Alle ausgabenwirksamen Bundesaufgaben sind zudem periodisch auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen («Zero-Budgeting», «Lean Management») auch in der Verwaltung. Neue Bundesaufgaben sollten nur übernommen werden, wenn ihre Finanzierung auch gesichert ist. Die Wiedereinführung der Ausgabenbremse im Parlament als Mittel zur Reduktion der Bundesausgaben ist ebenfalls zu befürworten.



Das Problem der Arbeitslosigkeit ist nach Überzeugung der FDP nur dann zu bewältigen, wenn sich die Politik wieder vermehrt die Einsicht zu eigen macht, dass die Standortvorteile der Schweiz einer dauerhaften Pflege bedürfen. (Photo Keystone)



Nur eine gesunde Volkswirtschaft ist in der Lage, dauerhafte und hochwertige Arbeitsplätze in der Schweiz zu erhalten und zu schaffen. (Photo Keystone)

Erhaltung der Preisstabilität

Durch eine weiterhin stabilitätsorientierte Notenbankpolitik soll sich die Inflationsrate auf einem tiefen Niveau einpendeln können. Eine niedrige Teuerungsrate schafft Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Schweiz und ist für eine funktionierende Wirtschaft unerlässlich. Entschuldungs- und Arbeitsmarktpolitik über die Notenpresse führen nicht aus der Rezession, sondern über steigende Zinsen in eine wirtschaftliche Sackgasse. Die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank ist weiterhin zu bewahren.

Hartnäckige ausenwirtschaftliche Interessenvertretung

Über bilaterale Verhandlungen in Brüssel müssen negative Auswirkungen des EWR-Neins nach Möglichkeit verhindert und der schweizerischen Exportindustrie

der Marktzugang zu den europäischen Absatzmärkten ohne Diskriminierung gesichert werden. Der erfolgreiche Abschluss der Uruguay-Runde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens Gatt ist ein positives Signal für die Entwicklung des weltweiten Handels.

Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas

Streiks sind in unserem Land eine Seltenheit, weil Arbeitgeber und Arbeitnehmer seit Jahrzehnten eine Verhandlungskultur entwickelt haben, die bei Auseinandersetzungen zu gemeinsamen Lösungen führt. Grosse soziale Stabilität und ein breiter Konsens der Sozialpartner ermöglichten so einen dauernden sozialen Frieden, der allen Beteiligten nützt und mit zu den wichtigsten Standortvorteilen zählt, welche die Schweiz gegenüber der ausländischen Konkurrenz aufweist.

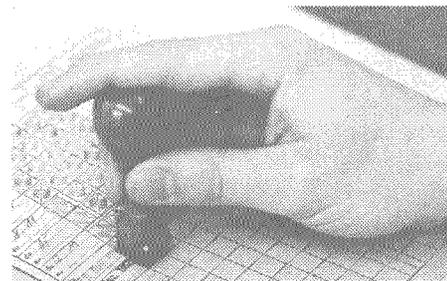
Seit einiger Zeit kann aber auch eine zunehmend ablehnende Haltung einzelner Teile der Gesellschaft gegenüber verschiedenen Projekten in der Schweiz festgestellt werden. Eine Volkswirtschaft indes, in der ein wirtschaftsfeindliches Klima herrscht, wird es immer schwer haben, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft sind deshalb gleichermaßen gefordert, vermehrt Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge zu wecken.

Verstärkung der Aus- und Weiterbildung sowie der Umschulung, Programme für Langzeitarbeitslose

Eines der besten Mittel gegen die Arbeitslosigkeit stellt eine permanente Weiterentwicklung der Berufskennntnisse dar. Die berufliche Fortbildung ist dabei stets auf die Bedürfnisse der Wirtschaft hin zu orientieren. Für Arbeitslose sollten Kurse zur Erweiterung und Hebung ihrer Fähigkeiten angeboten werden. Ebenso ist die Umschulung dort zu fördern, wo eine Weiterbeschäftigung im angestammten Beruf unwahrscheinlich erscheint.

Jugendarbeitslosigkeit war bis heute in der Schweiz noch nie ein Problem. Als um so gravierender beurteilt die FDP deshalb heute die zahlreichen von der Arbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen. Die Arbeitslosenquote unter den 20- bis 24jährigen betrug Ende 1993 rund 7,5%. Neben der Schaffung von speziellen Einsatzprogrammen für jugendliche Arbeitslose regt die FDP an, dass zur Förderung der Anstellung von jungen Arbeitslosen Mittel der Arbeitslosenkasse zur teilweisen Finanzierung von Praktikumsstellen verwendet werden können. Entschieden angegangen werden muss auch das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit. Nach einer gewissen Dauer der Arbeitslosigkeit sollte jeder Arbeitslose verpflichtet werden, an umfassenden Ausbildungsmassnahmen teilzunehmen.

Besondere Aufmerksamkeit muss schliesslich auch den älteren Arbeitslosen geschenkt wer-



den. Diese finden oft nicht nur schwer wieder eine Stelle, sondern erfüllen zumeist auch Unterstützungspflichten. Spezielle Einsatzprogramme sowie Hilfen zur Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit sind in diesen Fällen notwendig.

Das bewährte duale System der Berufslehre in der Schweiz ist beizubehalten, der Leistungsgedanke gezielt zu fördern. Um das hohe Bildungs- und Ausbildungsniveau in der Schweiz auch in Zukunft zu erhalten, ist die geplante Schaffung von Berufsmittelschulen und Fachhochschulen unverzüglich an die Hand zu nehmen.

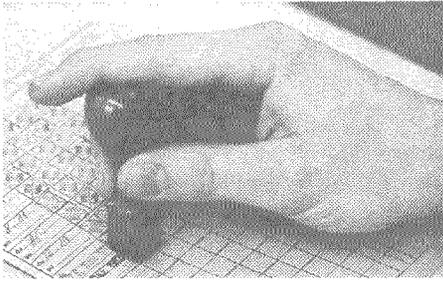
Liberalisierung der Arbeitsgesetzgebung

Hauptziel einer umfassenden Revision der Arbeitsgesetzgebung muss eine flexiblere Gestaltung dieses Bereiches sein. Denn nur ein gut funktionierender Arbeitsmarkt ist ein wirksamer Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor drohender Arbeitslosigkeit. Die staatliche Regulierung des Arbeitsmarktes ist deshalb abzubauen, was gleichzeitig zu einer Reduktion von Verbots- und zur Erweiterung des persönlichen Handlungsspielraumes führt.

Um die Chancen von älteren, noch arbeitsfähigen Arbeitslosen für eine Wiedereinstellung zu verbessern, könnte ein Teil oder der gesamte Arbeitgeberbeitrag nach dem Gesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) von der Arbeitslosenkasse übernommen werden. Weiter sind alle Bestrebungen, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer zu verbessern, zu unterstützen.

Ablehnung teurer staatlicher Beschäftigungsprogramme

Die FDP ist der Überzeugung, dass für den privaten Wohnungs-



bau und für öffentliche Vorhaben die vielen Hindernisse, die zum Teil auf die zu hohe Regeldichte zurückzuführen sind, beseitigt werden sollten. Zudem sind die beschlossenen grossen nationalen Infrastrukturvorhaben, wie die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes, des Projekt «Bahn 2000» und die Neat, nun unverzüglich an die Hand zu nehmen. Die FDP lehnt dagegen teure staatliche Beschäftigungsprogramme entschieden ab.

Für das Jahr 1993 ist in der Arbeitslosenversicherung mit einer Gesamtverschuldung von über 4 Milliarden Franken zu rechnen. Allein für 1994 droht eine Neuverschuldung von nochmals rund 4 Milliarden Franken. Angesichts dieser Kostenentwicklung ist die FDP der Auffassung, dass insbesondere im Gebiet der Arbeitslosenversicherung das bestehende System kritisch zu überdenken sei. Die FDP strebt insbesondere folgende Neuerungen in der Arbeitslosengesetzgebung an:

Abkehr vom Giesskannenprinzip – Schaffung von Anreizen

Die FDP ist von der Notwendigkeit überzeugt, selektiv die Leistungen der Arbeitslosenversicherung nach den Bedürfnissen der verschiedenen Gruppen Alter, Unterstützungspflicht, finanzielle Verhältnisse) von Arbeitslosen festzulegen. Grundsätzlich bei allen Erwerbslosen, insbesondere aber bei Jungen und bei Arbeitslosen ohne familienrechtliche Unterstützungspflichten, sollte die gesetzliche Regelung vorsehen, die Taggelder schrittweise zu reduzieren. Dadurch würde der Anreiz entfallen, Taggelder zu beziehen, statt sich um eine neue Stelle zu bemühen. Arbeiten muss sich lohnen. Als ein wichtiges Element zur Schaf-

fung eines individuellen Anreizes, Arbeitslosigkeit wenn immer möglich zu verhindern, kann die Einführung einer allgemein gültigen Karenzfrist angesehen werden, bevor Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt wird. Schliesslich soll im Falle von jungen Arbeitslosen, welche nach Abschluss einer Berufslehre keine Arbeit gefunden haben, die Arbeitslosentschädigung die Höhe des zuletzt ausbezahlten Lehrlingslohnes nicht übersteigen. Mittels spezieller Einsatzprogramme und der teilweisen Finanzierung von Praktikumsstellen durch die Arbeitslosenkasse soll indes alles daran gesetzt werden, jungen Arbeitslosen eine (Weiter-)Beschäftigung zu garantieren.

Die FDP fordert zudem eine Weiterfassung, mindestens aber die Durchsetzung einer einheitlicheren und strengeren Praxis bei der Anwendung des Begriffs der zumutbaren Arbeit.

Dies könnte über eine Degression bei der Taggeldausszahlung verwirklicht werden: Dem Erwerbslosen, der zu wenig eigene Anstrengungen unternimmt (Besuch von Kursen usw.), baldmöglichst wieder eine Anstellung zu finden, wird die Entschädigung schrittweise gekürzt. Die soziale Abfederung ist dabei durch die Garantie eines Sockelbetrages zu gewährleisten, und über 55jährige sind ebenfalls von der Degression auszunehmen.

Hierunter fällt auch die Notwendigkeit, die Flexibilität auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt deutlich zu erhöhen.

Die FDP weist darauf hin, dass der Schutz für die Arbeitslosen in den letzten Jahren massiv ausgebaut wurde. Heute sind die Arbeitslosen bessergestellt als in sämtlichen vorangegangenen Krisen. Diese relative Besserstellung fördert auch die Gefahr des Missbrauchs. Um der Mehrheit der Arbeitslosen wirkungsvoll helfen zu können, sind Missbräuche aber kompromisslos zu bekämpfen.

Hierzu ist in erster Linie ein konsequenter Vollzug der geltenden Bestimmungen des Arbeitslosenrechtes zu verlangen. Die FDP kann deshalb der Abschaffung der Stempelpflicht nur zu-

stimmen, wenn durch eine intensivere Betreuung und Vermittlung auch die Kontrolle gewährleistet ist.

Weiter schlägt die FDP vor, die Länge der Taggeldausszahlung nicht starr, sondern in Abhängigkeit von der Konjunkturlage auszugestalten. Dem Parlament soll die Möglichkeit gegeben werden, in Zeiten der Rezession mit qualifiziertem Mehr eine Verlängerung der normalerweise geltenden Dauer der maximalen Anzahl Taggelder für 12 Monate zu beschliessen. Ein Automatismus würde dabei nach Ablauf dieser Frist dafür sorgen, dass die ursprüngliche (restriktivere) Regelung ohne weiteres wieder in Kraft tritt.

Das System der Kurzarbeit trägt oft dazu bei, den Fortbestand von Unternehmen in Zeiten schwacher Konjunktur zu garantieren. Kurzarbeit hilft so, Arbeitslosigkeit zu verhindern. Doch auch auf dem Gebiet der Kurzarbeit muss dem Missbrauch der Arbeitslosenversicherung entschieden entgegengetreten werden.

Zahlbarkeit der Arbeitslosenversicherung

Die finanzielle Sicherstellung der Arbeitslosenversicherung muss auch in Zukunft gewährleistet sein. Grundsätzlich soll die generelle Arbeitslosenversicherung nicht Aufgaben der bedarfsbezogenen Fürsorge übernehmen müssen. Da indes ein Teil der Arbeitslosenversicherungsbezügler selbst unter normalen Arbeitsmarktverhältnissen nicht oder nur schwer vermittelbar ist, muss über eine Beteiligung der öffentlichen Hand an der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung diskutiert werden.

Angesichts der wirtschaftlichen Lage der Schweiz ist die FDP der Überzeugung, dass eine weitere Erhöhung der Lohnprozente zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung nur diskutiert werden darf, wenn alle anderen Lösungen sich als ungenügend erwiesen haben. Denn die Erhöhung der Lohnprozente lässt die Lohnnebenkosten ansteigen und verteuert somit die Kosten der Arbeit in der Schweiz weiter.

Dieselben Überlegungen gelten für eine einseitige Erhöhung des beitragspflichtigen Verdienstes. Die FDP ist der Überzeugung, dass zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit innerhalb der Arbeitslosenversicherung und insbesondere auch im Rahmen der Wirtschaftspolitik neue, innovative Wege beschritten werden müssen.

Die Schaffung und die Sicherung neuer und hochwertiger Arbeitsplätze in der Schweiz sowie die Kostendämpfung und damit die Erhaltung der Finanzierbarkeit der Arbeitslosenversicherung müssen deshalb klar im Vordergrund aller Anstrengungen stehen.

Daneben müssen indes auch folgende Vorschläge diskutiert werden:

■ Es muss vermehrt die Zusammenarbeit mit privaten Stellenvermittlern gesucht werden.

■ Arbeitszeitverkürzung, Jobsharing und vorzeitige Pensionierungen können im Einzelfall helfen, bestehende Arbeit und vorhandene Lohnmittel «auf mehr Hände» zu verteilen. Die FDP begrüsst daher entsprechende Massnahmen, sofern sie auf privater Basis und freiwillig eingeführt werden.

■ Die Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit sollte unterstützt werden, indem bei erfolgversprechenden Projekten eine kapitalisierte Teilausszahlung von Arbeitslosengeldern, z. B. in der Form zinsgünstiger Kredite, erfolgen kann.

■ Ausländische Arbeitnehmer stellen einen grossen Teil der Arbeitslosen. Die schweizerische Arbeitsmarktpolitik ist deshalb vermehrt mit der Ausländer- und Migrationspolitik zu koordinieren.

■ Ebenso ist von den Behörden von Fall zu Fall in Zusammenarbeit mit betroffenen Unternehmungen zu prüfen, inwieweit die Einführung neuer Modelle wie etwa der in anderen Ländern bereits teilweise erfolgreich erprobten «Arbeitsstiftungen» zur Betreuung, Umschulung und Vermittlung von Arbeitslosen angebracht erscheint.

■ Schliesslich sind private Initiativen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu fördern. ■

Dass der Audi 100 Avant eines der besten Automobile ist, hört man nicht nur. Sondern least es auch!



Ab Fr. 15.40 pro Tag

oder Fr. 467.- pro Monat:
Audi 100 Avant 2.6E (Fr. 46330.-
Listenpreis), Laufzeit des Leasing-
vertrages 60 Monate, maximale
Fahrleistung pro Jahr 10000 km,
Vollkasko-Versicherung nicht inbe-
griffen. Einmalzahlung Fr. 6950.-.

Der Audi 100 Avant ist
nicht nur eines der tech-
nisch fortschrittlichsten

Automobile auf unseren
Strassen, sondern auch
eines der schönsten! Denn
das überzeugende Raum-
konzept und die zeitlos-
elegante Linienführung
ergeben die ideale Kombi-
nation, wie man sie nur
beim Audi 100 Avant sieht!
Wenn Sie möchten, dass

man schon bald den Kopf
auch nach Ihnen dreht:
Den Audi 100 Avant gibt
es in 8 Versionen, die eines
gemeinsam haben: Audi-
Technologie, Audi-Qualität
und Audi-Komfort!
Wann schauen Sie bei
einem Audi-Partner vorbei?

Audi.
Vorsprung durch
Technik.



AMAG, Importeur von VW und Audi, 5116 Schinznach-Bad, und die 550 Audi-Partner machen Ihnen Super-Offerten!

Eine vertiefte Information

FDP-POSITIONEN

SRG gefordert

Den Versuch, die schweizerische Medienlandschaft vor ausländischen Einflüssen, in welcher Form auch immer sie auftreten, abzuschotten, erachtet die FDP auf lange Frist zum Scheitern verurteilt, insofern kann die FDP das bundesrätliche Nein zu einem RTL-Fenster für die Schweiz nicht teilen. Unterstützung findet jedoch die Zielvorgabe des Bundesrates, S plus zu einem Neustart zu verhelfen und die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) zu grösserer Zusammenarbeit sowie verstärkter unternehmerischer Handlungsweise aufzufordern.

Die FDP erwartet von der SRG, dass sie die Chance nach dem heutigen Entscheid des Bundesrates nutzt. Insbesondere ist zu hoffen, dass S plus als Partner in einem Wettbewerb anerkannt wird, der die Qualität des Fernsehangebotes in der Schweiz insgesamt erhöht. Auch soll die SRG Privaten gegenüber attraktive Bedingungen anbieten, damit die unternehmerischen Kräfte in der Schweiz auch im Fernsbereich aktiv werden können.

Kein zweites Leutschenbach

Die FDP nimmt mit Erstaunen davon Kenntnis, dass SRG-Generaldirektor Antonio Riva unter Federführung von SF DRS eine Gruppe eingesetzt hat, die neue Ideen für die Zukunft von S plus finden soll. Die FDP erinnert daran, dass der Bundesrat S plus gegen den Willen von SF DRS im Interesse der Medienvielfalt ermöglicht hat.

Die Zielsetzung von S plus als Ergänzungskanal von SF DRS weist die FDP zurück. Die FDP erwartet von der SRG-Generaldirektion, dass sie den Auftrag, den ihr der Bundesrat erteilt hat, ernst nimmt: S plus muss endlich die Mittel erhalten, die er als eigenständiger Sender braucht. Ausserdem müssen die Bedingungen für eine Zusammenarbeit mit Privaten so attraktiv sein, dass Schweizer Unternehmer gewonnen werden können.

Politik und Medien haben zwar sehr oft ein gespanntes Verhältnis, die einen leben aber von den anderen, die einen sind ohne die anderen nicht denkbar. Für alle politisch Tätigen, für alle, die sich für Medienpolitik speziell interessieren, ist ein Grundwissen darüber, wie Medien und damit Kommunikation funktionieren, nützlich. Zum Studium der Grundlagen gibt es jetzt ein ausgezeichnetes Werk, das der Schweizerische Verband der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger (SZV) herausgegeben hat.

AMK. Das Werk, das der SZV unter dem Titel «SZV Branchenkunde Printmedien» erarbeitet hat, umfasst in einem Ordner 13 Hefte und behandelt drei Bereiche:

- die Kommunikationsbranche,
- den Verlag und seine Grundfunktionen sowie
- die technische Herstellung der Verlagsprodukte.

Ein Heft mit dem Inhaltsverzeichnis, einem ausführlichen Stichwortverzeichnis und Hinweisen über weiterführende Literatur runden die Hefereihe ab. Das Ganze ist – wie man es von Branchenprofis natürlich erwarten darf – attraktiv und übersichtlich gestaltet.

Was kann der Ordner politisch Tätigen, zu denken ist an Vorstandsmitglieder einer Ortspar-

tei oder politische Mandatsträger, bieten?

Kommunikation

Der Bereich Kommunikationsbranche ist unterteilt in Medien, Verbände der Medienbranche, Werbung, Verbände der Werbebranche, Medienforschung und Medienrecht. Hier erfährt der Interessierte genau, wie Kommunikation definiert ist, wie sie funktioniert. Es wird dargestellt, wie Radio und Fernsehen organisiert sind, welche Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände es in der Branche gibt und welches ihre Aufgaben sind.

Das Kapitel Werbung zeigt, wie die Anzeige in die Zeitung oder Zeitschrift kommt, welche rechtlichen Rahmenbedingungen es gibt, aber auch, welches die volkswirtschaftliche Bedeutung

des Werbemarktes ist. Einen Überblick im Dickicht der Verbände der Medienbranche und Einblicke in die Medienforschung bieten zwei weitere Kapitel. Das Heft über die Rechtsnormen im Medienbereich behandelt auf verständliche Art die Fragen im Bereich Persönlichkeitsschutz, Gegendarstellungsrecht, Verantwortlichkeit der Presse, Urheberrecht, Datenschutzgesetz.

Redaktion

Beim Verlagsteil interessiert vor allem das Kapitel Redaktion. Hier werden nicht nur die Berufsbilder und die Organisation einer Redaktion beschrieben, sondern auch die Nachrichten- und Bildagenturen und die Arbeit von Journalisten. Gerade dieser Teil ist für politisch Tätige sehr wichtig; sehr oft sehen sie nämlich nur ihre Seite, ihre Wünsche und Forderungen und kennen die andere Seite wenig.

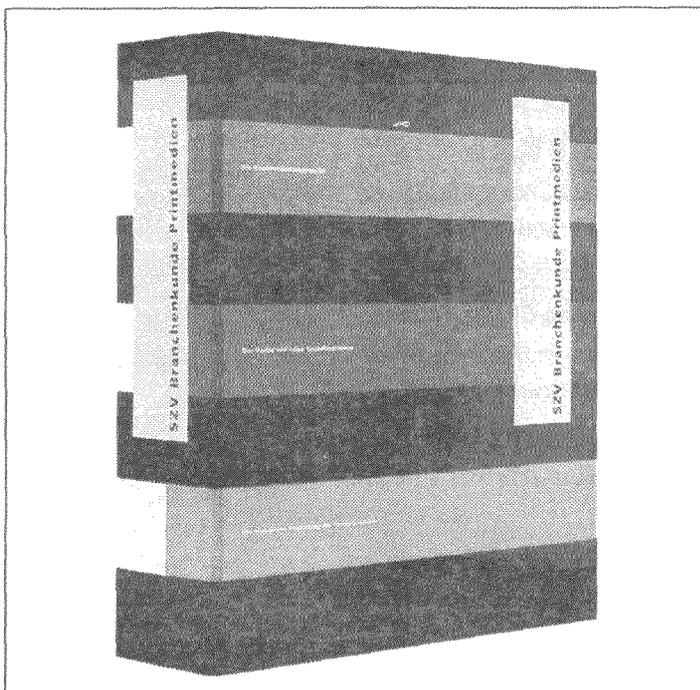
Die Teile Anzeigen- und Vertriebsmarketing sind für Parteien, die ja oft auch Auftraggeber von Inseraten sind oder selber eine Zeitung herstellen, ebenfalls nützlich.

Verlagsprodukte

Mit Verlagsprodukten sind Parteien konfrontiert, wenn es um den Druck von Prospekten und Broschüren geht. Hier findet man nun endlich alles über die Schriftarten, die Papierqualitäten und das Papiergewicht, Raster, Farben und Bogenmontage werden ebenso behandelt wie die wichtigsten Korrekturzeichen. Beim Druck schliesslich lernt man die Druckverfahren kennen.

Alles in allem eine gelungene Sache, die auch ihren Preis hat. Die Hefereihe aber bringt das, was der ZSV verspricht, «eine vertiefte Information über das Verlagsgeschäft».

Der Ordner «SZV Branchenkunde Printmedien» kann beim Schweizerischen Verband der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger (SZV), Baumackerstrasse 42, Postfach, 8050 Zürich bestellt werden. Tel. (01) 318 64 64, Fax (01) 318 64 62. Er kostet (inkl. Versand) für SZV-Mitglieder, Lehrlinge und Studenten Fr. 148.–, für alle anderen Fr. 178.–.



Lesen ist der halbe Erfolg: SZV Branchenkunde Printmedien.

Ein Ja für die Blauhelme

An ihrer Konferenz verabschiedeten die Präsidentinnen der SVFF eine befürwortende Stellungnahme zum Blauhelmgesetz. Ständerätin Christine Beerli orientierte über den Stand der 10. AHV-Revision.

◉ Annelies Renfer-Rüfli*

An der Präsidentinnenkonferenz der SVFF wurde eine von den Präsidentinnen der CVP und der FDP ausgearbeitete Stellungnahme zum Blauhelmgesetz mit einigen Ergänzungen gutgeheissen.

Für die Präsidentinnen bedeutet ein Ja zum Blauhelmgesetz, über das am 12. Juni abgestimmt werden wird, «ein Zeichen der Solidarität mit der Völkergemeinschaft». Das aktuelle sicherheitspolitische Umfeld verlange nach neuen, zeitgemässen Instrumenten der Konfliktbewältigung und der Friedenssicherung. «Ein Ja zum Blauhelmgesetz schafft die rechtliche Voraussetzung für den Einsatz schweizerischer Blauhelme», heisst es weiter in der Stellungnahme. Ausserdem wird darauf hingewiesen, dass der Entscheid über einen schweizerischen Einsatz der Blauhelme beim Bundesrat liege und dass ein schweizerischer Blauhelmeinsatz neutral und unparteiisch sei, weil alle beteiligten Konfliktparteien oder Länder mit dem Einsatz einverstanden sein müssten.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, dass die friedenssichernden Einsätze für Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf Freiwilligkeit basiere und dass andere neutrale Staaten bedeutend mehr Geldmittel für friedenssichernde Einsätze der Blauhelme ausgeben, als das die Schweiz mit den 100 Mio. Franken jährlich beabsichtige.

Geplant ist, dass die Stellungnahme gemeinsam von den CVP-, FDP- und von den SVP-Frauen unterstützt wird.

Splitting bei der AHV auch im Ständerat

Als Mitglied der vorberatenden Kommission des Ständerates

über die 10. AHV-Revision erläuterte Ständerätin Christine Beerli den heutigen Stand. Nach der Behandlung im Nationalrat wird es zur zweiten Beratung im Ständerat in der Juni-Session kommen. In diesem Differenzbereinigungsverfahren in der Kommission wird das Splitting, wie es der Nationalrat vorschlägt, weiterbearbeitet. Zur Berechnung der Rente wird das Einkommen und die Betreuungs- und Erziehungsgutschrift beigezogen. Bei verheirateten Personen wird das Einkommen während der Dauer der Ehe gesplittet (halbiert). Da das Splitting verwitwete Personen benachteiligt, schlägt die Kommission des Ständerates einen Zuschlag von zwanzig Prozent zur Einzelrente vor.

«Gleichwertigkeit zur heutigen Rente erreichen die Witwen und

Witwer aber nur durch Erziehungs- und Betreuungsgutschriften», stellte Christine Beerli fest. Durch den Zuschlag von zwanzig Prozent können 300 Mio. Franken «gespart» werden. Die Kommission hat noch nicht entschieden, ob diese 300 Mio. Franken für die Erhöhung der Plafonierung der Ehepaarrente von 150 Prozent auf 160 Prozent oder für die Herabsetzung des Rentenalters der Frau von 64 auf 63 Jahre verwendet werden soll.

Da nach wie vor die Gleichstellung von Mann und Frau beim Einkommen in den nächsten Jahren nicht überall realisiert werden wird, sprachen sich die Präsidentinnen für die Herabsetzung des Rentenalters aus. «Ziel muss aber gleiches Rentenalter für Frau und Mann sein», waren sich die Konferenzteilnehmerinnen einig. Die Plafonierung der Ehepaarrenten erscheint als ungerecht, aber da die Revision der AHV kostenneutral sein muss, würde die Ausrichtung von zwei Einzelrenten an

Ehepaare den Finanzrahmen massiv sprengen.

Wie Christine Beerli versicherte, soll die 10. AHV-Revision im Ständerat noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

FDP-Frauen CH

Bereits beschlossen ist die Umbenennung der SVFF. Neu heisst die Vereinigung «FDP-Frauen CH». Die Umbenennung wird an der Jahrestagung vom 27./28. Mai in Baden offiziell bekanntgegeben. Da die ersten Statuten des SVFF vom 19. November 1949 datieren, heisst das, dass sich die Vereinigung nach 45 Jahren einen anderen Namen gibt, «der prägnanter und kürzer ist», argumentierte der Vorstand.

Wie die Präsidentin, Franziska Frey-Wettstein, orientierte, ist vorgesehen, zur Mutterschaftsversicherung eine Stellungnahme zusammen mit den CVP-, SVP- und FDP-Frauen auszuarbeiten. Dafür haben sich interessierte Frauen und die Präsidentinnen der drei Parteien zu einem ersten Gespräch zusammengefunden.

* Gemeinderätin aus Lengnau BE



Die freisinnigen Frauen sagen Ja zum Blauhelmgesetz. (Photo Keystone)

JBS

Dreimal Ja

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) hat für die drei Themen der nächsten eidgenössischen Abstimmungen die Ja-Parole gefasst. Neben «Uno-Blauhelme» und «Kulturförderungsartikel» wurde das Thema der «Erleichterten Einbürgerung» besonders diskutiert.

«Special guest» war der Filmemacher Samir, der sich mit den Delegierten über seine eigene Erfahrung als junger Ausländer in der Schweiz und über seinen Film «Babylon 2» unterhielt. Anschliessend an die Sitzung wurde der Film «Babylon 2» vorgeführt. Der Film stiess auf die positive Kritik der Delegierten.

FDP-POSITION

Skeptisch

Die FDP ist skeptisch gegenüber der vorgesehenen Totalrevision des Kriegsmaterialgesetzes. In ihrer Vernehmlassungsantwort erachtet sie eine grundsätzliche Überarbeitung des vorliegenden Entwurfes für erforderlich.

Die FDP orientiert sich bei ihrer Beurteilung des Kriegsmaterialgesetzes an drei Leitlinien:

■ Neue Regelungen sollen klarer und einfacher sein, damit sie weniger anfällig auf unterschiedliche Interpretationen sind.

■ Da der Kriegsmaterialbegriff ausgeweitet werden soll und neu mehr Unternehmen betroffen würde, müssen die Regeln für den Export berechenbar, stabil und praktikabel sein.

■ Die FDP anerkennt eine besondere Sorgfaltspflicht, welche der Schweiz als neutrales Land bei der Regelung ihrer Kriegsmaterialausfuhr obliegt. Ihrer Meinung nach soll unser Land aber keine Vorreiterrolle spielen und durch ein dichtes Regelwerk Exportbeschränkungen vornehmen, die weit einschneidender ausfallen würden als im Mittel der westeuropäischen Länder.

Die FDP kommt zum Schluss, dass die vorgeschlagene Totalrevision des Kriegsmaterialgesetzes bei allen drei Punkten in die Gegenrichtung führt. Die FDP kritisiert, dass der Ermessensspielraum grösser statt kleiner wird und dass die Erweiterung des Kriegsmaterialgesetzes schwierigere Abgrenzungsprobleme als bisher mit sich bringen würde. Die Freisinnigen fürchten, dass die neue Ausrichtung der Bewilligungskriterien zu Entscheidungen nach aussenpolitischer Opportunität führen könnten. ■

Parolen

Am 15./16. April 1994 fassten die Delegierten der FDP der Schweiz an ihrem ordentlichen Parteitag in Brunnen folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 12. Juni 1994:

Kulturförderungsartikel in der Bundesverfassung
113 Ja gegen 48 Nein

JA

Erleichterte Einbürgerung für junge Ausländer
3 Nein, eine Enthaltung

JA

Schweizerische Blauhelmtuppen
157 Ja gegen 7 Nein

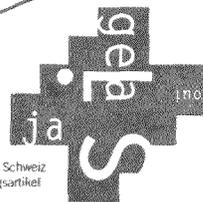
JA

Kultur will gel(i)ebt werden ...

Kultur macht das Leben lebenswert ...

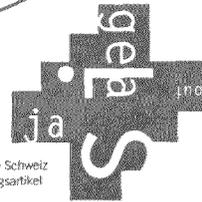
Kultur verdient unsere Unterstützung

deshalb am 12. Juni:



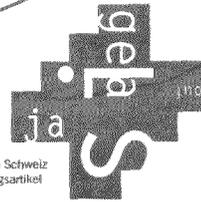
Komitee für eine kreative Schweiz
- Ja zum Kulturförderungsartikel

deshalb am 12. Juni:



Komitee für eine kreative Schweiz
- Ja zum Kulturförderungsartikel

deshalb am 12. Juni:



Komitee für eine kreative Schweiz
- Ja zum Kulturförderungsartikel

JA zu freiwilligen Schweizer Blauhelmen!

Blauhelme helfen unschuldige Opfer retten. Das liegt in der humanitären Tradition der Schweiz.



Stimmen wir am 12. Juni 1994

Ja zur Solidarität

JA zu freiwilligen Schweizer Blauhelmen!

Komitee "JA zu freiwilligen Schweizer Blauhelmen", Postfach 6136, 3001 Bern
PC-Konto: 30-5503-0, Vermerk "Blauhelme"

Deregulierung auch bei den Ladenschlusszeiten

In verschiedenen Kantonen und Gemeinden standen oder stehen neue Regelungen über die Ladenschlusszeiten zur Diskussion. Abstimmungen in Zürich und Herisau zeigten, dass dieses Thema nicht ganz ohne Emotionen behandelt werden kann. Wo liegen die Ursachen für diese Emotionen? Warum tut man sich mit der Liberalisierung von Ladenschlussregelungen so schwer?

◊ Sven Bradke*

In zahlreichen Gemeinden und Kantonen bestehen recht restriktive Ladenschlussvorschriften. Vorgeschriebene Öffnungszeiten sind dabei nur ein Kriterium. Oftmals werden auch ein oder zwei Schliessungshalbtage verordnet. Sonntagsverkäufe sind zudem äusserst zurückhaltend geregelt.

Diese Einschränkungen der Handels- und Gewerbefreiheit basieren auf sozialpolitischen, arbeitsrechtlichen und polizeirechtlichen Motiven. Begründungen des Bundesgerichtes zur Stützung dieser freiheitsbeschränkenden Normen gingen in der Vergangenheit sogar so weit, dass die Ladenbesitzer, deren Familienmitglieder sowie die Angestellten vor Überarbeitung zu schützen seien.

Eine solche Beurteilung entspricht meines Erachtens nicht dem Bild einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Müsste in einer freiheitlichen Gesellschaft nicht der Selbständige über seine Verkaufszeiten entscheiden können? Obliegt es wirklich dem Staat, den Konsumenten vorzuschreiben, wann sie ihre Geschäfte zu tätigen haben?

Belebung der Zentren

Ich plädiere hier nicht für Öffnungszeiten rund um die Uhr. Die Schweiz kann nicht einfach mit den USA verglichen werden. Auf Grund unserer historischen Bauentwicklung stände eine sol-

che Ordnung oftmals im Konflikt mit der Nacht- und Sonntagsruhe. Eine liberalere Praxis der Ladenöffnungszeiten dürfte nämlich mit einer verlängerten Belebung der Einkaufsquartiere verbunden sein.

Andererseits sollten sich heutige Verkehrs- und Lärmbelastungsspitzen mittels Verteilung auf eine grössere Zeitperiode reduzieren lassen. Zudem wäre in vielen Gemeinden und Städten eine stärkere Belebung zu Randzeiten durchaus erwünscht. Der Spruch «Um 18.30 Uhr werden nicht nur die Läden geschlossen, sondern auch die Trottoirs hochgeklappt» hat durchaus etwas für sich.

Chancen für Teilzeitarbeitskräfte?

Was die arbeitsrechtlichen Belange angeht, so gelten für Ladenbesitzer und -personal heute ebenfalls die Höchstarbeitszeitvorschriften des Arbeitsgesetzes. Vorschriften oder Begründungen zum Schutz des Ladenpersonals sind somit heute hinfällig.

Die Aufrechterhaltung einer restriktiven Ladenschlussgesetzgebung ist folglich aus arbeitsrechtlicher Sicht weder nötig noch sinnvoll. Im Gegenteil, eine Flexibilisierung der Arbeitszeit – was mittels verlängerter oder liberalisierter Ladenöffnungszeiten möglich wäre – könnte durchaus positive Chancen für neue Teilzeitarbeitskräfte schaffen.

Unternehmerfreiheit

Entscheidend ist aber, dass mittels neuer Öffnungszeiten die Ge-

schäfte ihr zeitliches Angebot besser auf die Nachfrage der Kundschaft ausrichten können. Ob diese zeitliche Optimierung auf die Kundschaft immer mit einer Öffnungszeitverlängerung einhergeht, ist fraglich. Schliesslich müssen bei längeren Öffnungszeiten die Einnahmen in einem entsprechenden Verhältnis zu den Kosten stehen. Schwach frequentierte Zeiten sind zu teuer, als dass die Läden unbedingt offen haben müssten. Schon heute machen ja nicht alle Geschäfte bei den wöchentlichen Abendverkäufen mit.

Die Freiheit, offen zu haben, würde sich somit vor allem nach den Kundenbedürfnissen, den betriebswirtschaftlichen Kosten, der persönlichen Beurteilung des Ladeninhabers sowie den polizeilich notwendigen Grenzen (Lärm, Nachtruhe) ausrichten.

Im Kanton St. Gallen schlägt die Regierung derzeit vor, dass die Schliessungszeiten für Läden, Kioske und Betriebe mit Dienstleistungscharakter an Werktagen zwischen 21.00 und 6.00 Uhr gelten sollen. Dieser Vorschlag entspricht einer liberalen und freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Im Zentrum dieses liberalisierten Vorstosses steht die Freiheit der Geschäfte, so zu wirtschaften, dass sie ihren Reinertrag entsprechend den Kundenbedürfnissen maximieren können. Ein Zwang zum Offenhaben ergibt sich dadurch weder faktisch noch rechtlich. Gewährleistet wird dadurch vielmehr nur die Freiheit, dann zu öffnen, wenn die Geschäftstätigkeit dies erfordert.

Deregulierung ohne Emotionen!

Eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ist ein wirksames Instrument, wie auf kantonaler Stufe dereguliert werden kann. Selbst linksstehende Politiker haben erkannt, dass eine solche

Massnahme durchaus wertvolle Effekte für Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Konsumenten haben kann. Lassen wir uns folglich nicht von Emotionen leiten, sondern bieten wir den Läden die Chance, dann zu verkaufen, wenn es sich von der Frequenz und den Einnahmen her lohnt!

FDP-POSITION

Den Spielraum voll ausschöpfen

Die FDP stimmt der Schaffung eines Gesetzes zur Verwirklichung des Binnenmarktes in der Schweiz grundsätzlich zu. Die Partei kritisiert aber in ihrer Vernehmlassungsantwort, dass die Vorlage zu zögerlich formuliert ist und zu viele Ausnahmen vorsieht.

Um das Ziel der Schaffung eines Binnenmarktes in der Schweiz und damit einer möglichst umfassenden Abschaffung aller bestehenden Hindernisse zu erreichen, müssen nach Meinung der FDP im vorgelegten Gesetz die wichtigsten Grundsätze wie etwa das Cassis-de-Dijon-Prinzip klar formuliert werden. Ausnahmen sind auf das absolute Minimum zu beschränken. Der Spielraum, welcher die Bundesverfassung dem Gesetzgeber offenlässt, ist im Interesse der Schaffung eines möglichst vollkommenen Binnenmarktes voll auszuschöpfen.

Die Koordination zwischen der Revision des Kartellgesetzes und der Schaffung eines Binnenmarktgesetzes erachtet die FDP als nötig, da sich die beiden Vorlagen ergänzen: Während das Kartellgesetz den privaten Bereich regelt, sorgt das Binnenmarktgesetz für Wettbewerb in staatlich kontrollierten Sektoren. Damit die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz nachhaltig gestärkt werden kann, fordert die Partei, dass nun beide Vorlagen zügig und zeitgleich an das Parlament geleitet werden.

* Leiter Wirtschaft und Öffentlichkeit, IHK St. Gallen-Appenzell, Präsident der FDP Stadt St. Gallen.

Jahresbericht Rapport annuel

Die Arbeit der
Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz
und der Freisinnig-Demokratischen Fraktion
der Bundesversammlung

L'activité du
Parti radical-démocratique suisse
et du Groupe radical-démocratique
de l'Assemblée fédérale

93/94

FDPO PRDO PLRO

Ich bestelle:

_____ Ex. Jahresbericht 93/94
(1 Ex. gratis, 240 Seiten, dt./frz.)

Name: _____ Vorname: _____

Str./Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.
Fax (031) 312 19 51

Konzepte statt Schlagworte

Hochaktuelle Themen umfassend behandelt: das bietet Ihnen die «Politische Rundschau», welche die FDP viermal jährlich zum Selbstkostenpreis herausgibt. Nutzen Sie diese fundierte Informationsmöglichkeit, um sich zu politisch brisanten Problemen Ihr eigenes Urteil zu bilden.

Talon

Ich bestelle zum Selbstkostenpreis von Fr. 5.- pro Exemplar:

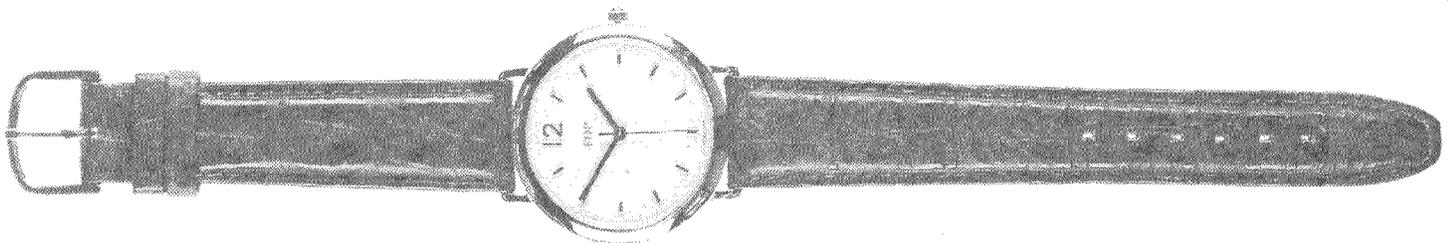
- Ex. Nr. 3/92: «Bericht und Thesen zur schweizerischen Neutralität von morgen»
- Ex. Nr. 4/92: «Freisinnige Standortbestimmung zur Umwelt- und Energiepolitik, zur Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, zum Wohnproblem und zur Neat-Finanzierung»
- Ex. Nr. 1/93: «Unerlässliche Mitwirkung der Schweiz – verkräftbare Anpassung unserer nationalen Politik: Die FDP zur Uruguay-Runde des Gatt»
- Ex. Nr. 2/93: «Aktiv jenseits der Grenzen: FDP Schweiz International. Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland»
- Ex. Nr. 3/93: «Regierungsreform: Arbeitsgrundlagen zur Reform 1993 und zu weiteren Modellen»
- Ex. Nr. 4/93: «Berichte, Thesen und Massnahmen zur öffentlichen Sicherheit in der Schweiz»

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte ausfüllen und einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.



Es ist FDP-Zeit

Bestellen und tragen Sie die FDP-Uhr! Das Gehäuse ist vergoldet, der Boden aus Stahl mit Schweizer Quarzwerk, ohne Datum, Lederband Crocoart braun, Zifferblatt Grundfarbe weiss, Zeiger und Relief vergoldet mit Logo «FDP». Die Uhr wird geliefert in einer schwarzen Pochette mit einjähriger Garantie Fashion Time.

Talon

Ich bestelle zum Preis von Fr. 60.- (plus Porto und Verpackung):

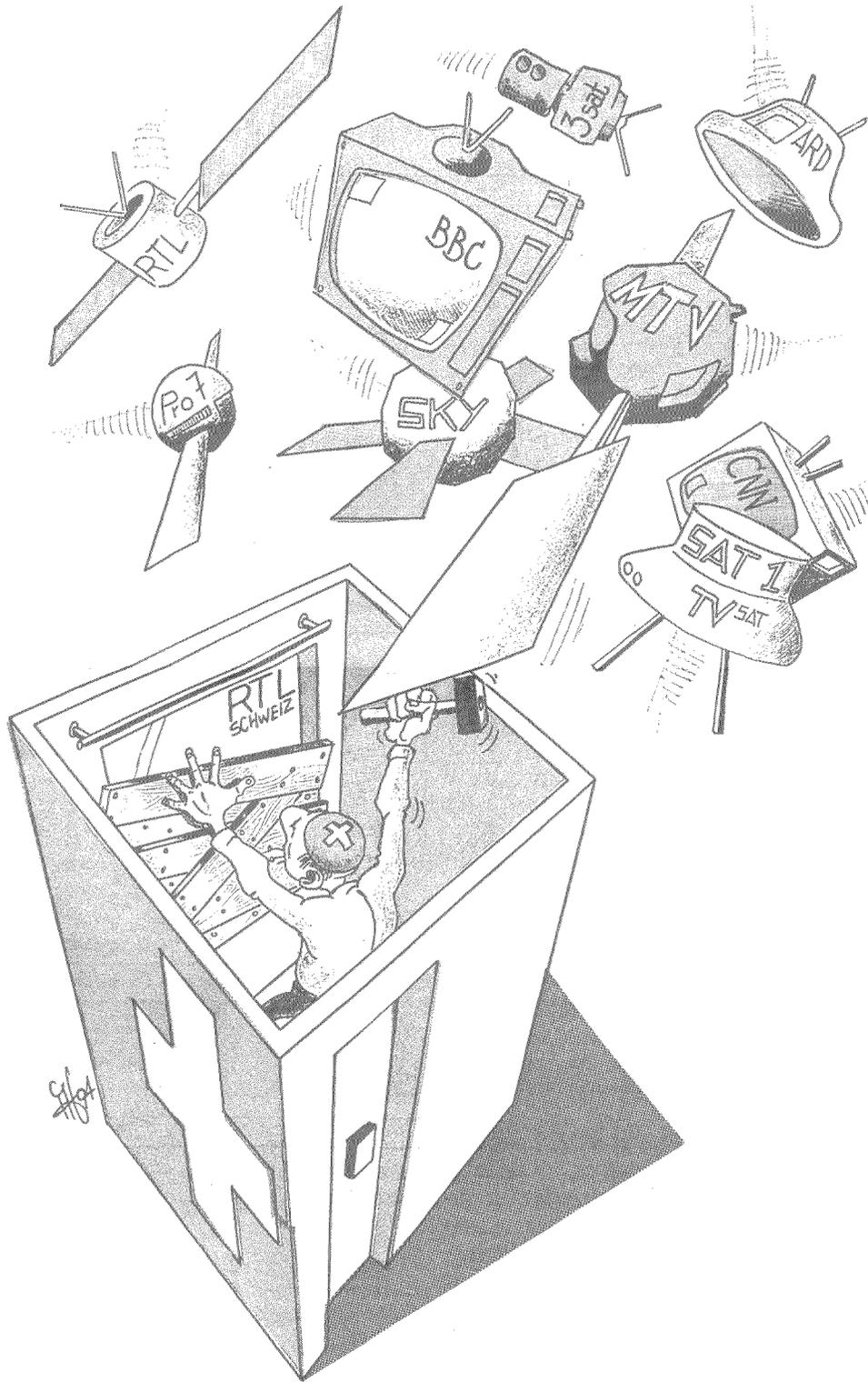
_____ Ex. FDP-Uhr.

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern Fax (031) 312 19 51



St. Töns

Karikatur Andreas Töns

FDP weiter führend

Die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) hat in den Kommunalwahlen 1994 ihre Position als stärkste bürgerliche Kraft in den zwölf Gemeinden im Kanton Zürich, die über ein eigenes Parlament verfügen, in jeder Beziehung weiter ausgebaut. Die FDP stellt auch die erste Stadtpräsidentin im Kanton Zürich.

Resultate in Gemeinden mit Parlament

Gemeinderäte

	FDP	SVP	CVP	SP	EVP	LDU	GP	AP	SD	DP	EDU	PL
Adliswil	36	7	5	6 (-1)	9	2 (-1)	0 (-1)	1 (-1)	1 (+1)	0	0	4 (+1)
Bülach	36	7	8	2 (-1)	5	4	2 (-3)	3 (+2)	0	0	0	2 (+2)
Dietikon	36	4 (+1)	8 (+3)	7 (-2)	9 (-1)	2	1 (-1)	1	0	2	0	0
Dübendorf	40	7 (+2)	7 (+1)	4 (+1)	5 (-1)	2 (-1)	1	0	3 (+1)	0 (-1)	3 (-1)	0
Illnau-Effr.	36	8 (+1)	8	3	7 (-1)	2 (-1)	1 (-1)	3	3 (+3)	0	0 (-2)	1 (+1)
Kloten	40	5	12 (+2)	5	9	3 (+1)	3 (-1)	2 (-2)	1 (+1)	0 (-1)	0	0
Opfikon-Glattbr.	36	7	7 (+1)	5 (+1)	2	4	1 (-1)	0	1 (+1)	0	0	0
Schlieren	36	6	8 (+1)	5	9	2	1	0	0	0	0	0
Uster	36	9 (+1)	7	2	8	4	3	0	3	0	0	0
Wädenswil	45	10 (+1)	8	6 (-1)	7 (+1)	3 (-1)	3 (-2)	2 (-2)	2	0	0	4 (+4)
Winterthur	60	12 (+1)	8 (+2)	5	18 (+1)	5	2 (-1)	4 (-1)	3	1 (-1)	1 (-1)	1 (+1)
Zürich	125	28 (+3)	19 (+12)	10 (-2)	43 (-4)	2 (-2)	7 (-1)	5 (-5)	0	4 (-1)	0	0
Total	562	110 (+10)	105 (+22)	60 (-5)	131 (-5)	35 (-5)	26 (-11)	22 (-12)	21 (+9)	6 (-3)	6 (-4)	2 (+2)

Stadträte

	FDP	SVP	CVP	SP	EVP	LDU	GP	DP	PL	CSP
Adliswil	9	2 (-1)	2	1	2 (+1)	1	0	0	1	0
Bülach	9	3 (+1)	3	0 (-1)	1	1	0	0	0	0
Dietikon	7	1	1	2	1	0	0	0	0	0
Dübendorf	9	2	2	1 (+1)	1	1	0	1	1 (-1)	0
Illnau-Effr.	9	3 (+1)	2 (-1)	1	2 (-1)	0	0	1 (+1)	0	0
Kloten	9	1	3	1	1 (-1)	1 (+1)	2	0	0	0
Opfikon-Glattbr.	9	2	2	2 (+2)	0	1	0 (-1)	0	2 (-1)	0
Schlieren	9	2	2	2	2 (-1)	1 (+1)	0	0	0	0
Uster	7	2	2	0	1	1	0	0	1	0
Wädenswil	9	2 (+1)	2	2	0 (-1)	1	2	0	0	0
Winterthur	7	2	1	1	3	0	0	0	0	0
Zürich	9	3 (+1)	0	1	3	0 (-1)	0	1 (+1)	0	1
Total	102	25 (+3)	22 (-1)	14 (+2)	18 (-3)	9 (+1)	5 (-1)	2 (+2)	1 (0)	5 (-3)

 Daniel Frey, Parteisekretär

Die Freisinnig-Demokratische Partei hat in den Parlamentsgemeinden insgesamt zehn Sitze hinzugewonnen und verfügt neu über 110 Parlamentsmandate. Die FDP ist damit in den Gemeindeparlamenten weiterhin stärkste bürgerliche Kraft.

Die FDP hat die Zahl ihrer Stadtratsmandate ebenfalls vergrössert. Sie verfügt mit drei hinzugewonnenen Sitzen über insgesamt 25 Stadtratsmandate und ist damit nicht nur auch in dieser Hinsicht die führende bürgerliche Kraft, sondern die stärk-

ste Partei im Kanton Zürich überhaupt.

Zugelegt hat die FDP auch bei den Stadtpräsidenten. Sie stellt bei den Gemeinden mit eigenen Parlamenten neu vier (plus einen) Präsidenten und hat damit auch in dieser Hinsicht neu die stärkste Position inne.

Die FDP hat somit ihre Position in allen Bereichen ausgebaut. Die Grundlage für diesen Wahlsieg legte die FDP mit ihrer profilierten Politik, die von der Bevölkerung verstanden und mitgetragen wird; entscheidend sind aber auch die Persönlichkeiten, welche diese Politik glaubwürdig vertreten und umsetzen können, und nicht zuletzt alle

Präsidenten

	FDP	SVP	SP	EVP	PL
Adliswil	1	0	0	0	0
Bülach	0	1	0	0	0
Dietikon	0	0	1	0	0
Dübendorf	0	0	0	1	0
Illnau-Effretikon	0	0	1	0	0
Kloten	0	1	0	0	0
Opfikon-Glattbrugg	0	0	0	0	1
Schlieren	1	0	0	0	0
Uster	0	0	0	0	1
Wädenswil	1 (+1)	0 (-1)	0	0	0
Winterthur	1	0	0	0	0
Zürich	0	0	1	0	0
Total	4 (+1)	2 (-1)	3	1	2

FDP-Wählerinnen und -Wähler, denen die FDP für ihre grossartige Unterstützung ihren Dank aussprechen möchte. ■